

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingewandindustrie, in Scheibenspinnereien und Glasereien, in Papier- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiten

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends  
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)  
Bestellungen nur durch die Post  
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauwerksbund**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.  
Arbeitsmarkt die dreispaltige Kleinzeile 3 M.,  
Anzeigen der Bauwerkstätten Zeile 50.- M.

### Drei Minuten Gehör.

Drei Minuten Gehör will ich von euch, die ihr arbeitet —!

Von euch, die ihr den Hammer schwingt,  
von euch, die ihr auf Krücken hinkt,  
von euch, die ihr die Feder führt,  
von euch, die ihr die Kessel führt;  
von euch, die mit den kranken Händen  
dem Manne ihre Liebe spenden —  
von euch, den Jungen und den Alten —  
Ihr sollt drei Minuten innehalten.  
Wir sind ja nicht unter Kriegsgewinnern,  
wir wollen uns einmal erinnern.

Die erste Minute gehöre dem Manne.  
Wer trat vor vierzehn Jahren in Feldgrau an?  
Zu Hause die Kinder. — Zu Hause weint Mutter...  
Ihr, feldgraues Kanonenfutter —  
Ihr jagt in den schmalen Ackergraben.  
Da jagt ihr keinen Fürstentum:  
Der soll sich einen in der Stappe  
und ging mit den Damen in die Klappe.  
Ihr wurdet geflissen, ihr wurdet gedriß.  
Wart ihr noch Goffes Ebenbild?  
In der Kaserne, im Schilderhaus —  
ward ihr niedriger als die schmutzigste Laus.  
Der Offizier war eine Perle.  
Aber ihr wart nur „Kerle“!  
Ein eider Schieß- und Größ-Ansamat.  
„Sie Schwein! Hände an die Hofenabst!“  
Verwundete mochten sich krümmen und biegen:  
kam ein Prinz, dann hatte sie stramm zu liegen.  
Und noch im Massengrab wart ihr die Schweine.

Die zweite Minute gehöre der Frau.  
Wem wurden zu Hause die Haare grau?  
Wer schreiet, wenn der Tag vorbei,  
in der Stäcken auf mit einem Schrei?  
Wer ist es vier Jahre hindurch gewesen,  
der ankam in langen Polonäsen,  
indessen Prinzen und ihre Gassen  
alles, alles, alles hatten —!  
Wem schrieb sie einen kurzen Brief,  
daß wieder einer in Flandern schlief?  
Dazu ein Formular mit zwei Zeilen.  
Wer mußte hier um die Renten betteln?  
Tränen und Krämpfe und wildes Schreien.  
Er hatte Ruhe: Ihr wart allein.  
Oder sie schickten ihn, hinkend am Knäuel,  
euch in die Arme zurück als Krüppel.  
So sah sie aus, die wunderbare  
große Zeit — vier lange Jahre —  
Erinnert ihr euch —?

Die dritte Minute gehöre den Jungen!  
Euch haben sie nicht in die Jacken gezwungen!  
Ihr wart noch frei! Ihr seid heute frei!  
Sorgt dafür, daß es immer so bleibt!  
An euch hängt die Hoffnung. An euch das Vertrauen

von Millionen deutscher Männer und Frauen.  
Ihr sollt nicht stamm sehen. Ihr sollt nicht dienen!  
Ihr sollt frei sein! Zeigt es ihnen!  
Und wenn sie euch kommen, und drohn mit Pistolen —  
geht nicht! Sie sollen euch erst mal holen!  
Keine Wehrpflicht! Keine Soldaten!  
Keine Monarch-Potentaten!  
Keine Orden! Keine Spalier!  
Keine Reserveoffiziere!  
Ihr seid die Zukunft! Euer das Land!  
Schüttelt es ab — das Knechtstafelband —!

Und zum Schluß von den drei Minuten:  
Denkt aller derer, die damals bluteten,  
bluten mußten und elend starben,  
und elend im fremden Lande verderben.  
Ein Gruß allen toten Kameraden!  
Ein Gruß den Opfern der Kriegsparaden!  
Ein Gruß an die da draußen in Flandern,  
in Polen, in Frankreich, und alle die andern!  
Denkmäler — Tafeln — das ist nicht.  
Wir geloben am Tage des Gerichts:  
Die Kameraden aus allen Heeren —  
die Toten wollen wir anders ehren!  
Wir alle wollen — heute und morgen —  
für Frieden — für ewigen Frieden sorgen!  
Das sei unser Kampf. Das sei unser Sieg.  
Ich rufe für euch: Nie wieder Krieg!  
Kurt Tucholsky.

### Zehn Jahre deutsche Republik.

In diesem Monat ist ein Jahrzehnt vergangen, als in den Novembertagen des Jahres 1918 aus dem militärischen Zusammenbruch und aus größtem wirtschaftlichen Tiefstand die deutsche Republik entstanden ist. Innerhalb weniger Stunden brachen etwa zwei Dutzend Fürstenthronen zusammen und zwei Dutzend Kronen rollten auf den deutschen Boden, dessen Grenzgebiete gedängt waren mit dem Blut vieler Millionen Menschen, deren Schicksal es war, Soldat zu sein. Hunger und bitterste Not auf allen Gebieten menschlichen Lebens, Millionen Männer auf den Schlachtfeldern dahingepflegt, weitere Millionen zu Krüppeln geschlagen, das war das Ergebnis der Regierungstätigkeit derer, die das deutsche Volk herrlichen Zeiten entgegenführen wollten. Der dieses und noch manches andere sagte, stob vor 10 Jahren in feiger Flucht davon und hinterließ seinen Scharbenhaufen den „vaterlandslosen Gesellen, die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen“. Die vaterlandslosen Gesellen packten den bis über die Achsen im Dreck stehenden Staatskarren an und brachten ihn, mühsam und sehr langsam nur, wieder auf festen Grund. Währenddessen war ein anderer Hauptschuldiger am Elend des deutschen Volkes, der Träger des Namens „von weltgeschichtlichem Klang“, Erich Ludendorff, unter dem Namen Lindström und mit einer auf der arischen Generalfahnenstange in Stellung gebrachten blauen Brille nach Schweden geflüchtet, um später bei Hochverratsaktionen immer „zufällig“ mit dabei zu sein. — Noch niemals in der Weltgeschichte ist eine herrschende Klasse so lautlos und so zahlreich von der historischen Bühne abgetreten wie die Höfenzöllner und ihre übrigen deutschen Berufskollegen. Noch niemals in der Weltgeschichte ist ein so mächtiger Militarismus wie der preußisch-deutsche so schnell und so radikal

zusammengebrochen! Niemand, aber auch kein einziger von den Püchelhaubengoleuren, die den „vornehmsten Rock“ trugen, stellte sich schüßend vor das monarchische System und vor die Majestäten, von denen der Schwaghafteste die ganze Sozialdemokratie „auf sich nehmen“ und sie zerstückeln wollte. Nun machte er nur noch eine jämmerliche und erbärmliche Figur. Ein anderer von ihnen — August von Sachsen — ward der großen geschichtlichen Stunde, seiner Intelligenz entsprechend dadurch gerecht, daß er als Antwort auf die ihm nahegelegte Abankung sagte: „Macht Eueren Dreck alleine.“ Nun macht das deutsche Volk seit 10 Jahren „seinen Dreck alleine“. Leider sehr oft nicht so, daß alle vorwärtsstrebenden Geister damit zufrieden sein können. Ein Volk, das die verfassungserfüllenden Werke, die ihm gegeben worden sind, zu schätzen wüßte, würde, — um nur zwei Dinge“ zu nennen — bei der Reichspräsidentenwahl nicht einen kaiserlichen General und Kriegsverlierer gewählt haben; es würde auch beim Volksentscheid über die Fürstenabfindung seinen ehemaligen Potentaten den Triff in den Hintern verfehlt haben, der ihnen gebührt. 10 Jahre Republik haben deutlicher als 100 Jahre Monarchie gezeigt, was noch an Aufklärungsarbeit geleistet werden muß. Schon wissen viele Leute nicht mehr die großen staatsgrundgesetzlichen Vorteile der republikanischen Staatsform zu schätzen. Indem der Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen einfach als nicht bestehend beiseitegeschoben werden, sehnt sich der Spießler und der Reaktor zurück nach der „guten, alten Zeit“. Und es ist ihnen sogar gelungen, eine ganze Anzahl von Männern unter alte monarchistische Symbole zu sammeln. Manchmal haben sie auch gepufft. Aber immer erfolglos: Denn eine weit größere Masse des

Volkes, sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, standen fest und trenn zur republikanischen Staatsform. Nicht zu der bürgerlichen Republik um ihrer selbst willen, sondern um des Fortschritts und der Demokratie wegen, die ihre Verfassung gewährt. Die freien Gewerkschaften haben stets ihren Einfluß eingeseht und im hohen Maße mitgeholfen, die Fundamente unseres demokratisch-republikanischen Staates zu festigen. Sie tun es in der Erkenntnis, daß innerhalb der einstweilen noch vorhandenen privatkapitalistischen Wirtschaftsform die bürgerlich-demokratische Republik mit der ihr in Weimar gegebenen Verfassung am besten geeignet ist, der Arbeiterklasse weitestgehend Geltung zu verschaffen. Wenn das von der Republik im allgemeinen gilt, so gilt das ganz besonders von der deutschen, deren erster Verfassungsartikel lautet: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ „Verfassungsfragen sind Nachfragen“ sagte Lassalle, und sein Wort gilt auch heute noch zu recht. Also kommt es darauf an, daß die Arbeiterschaft mehr Macht entwickelt, indem sie ihre Organisationen stärkt. Dann würde weit mehr von dem, was heute noch Programm in der Verfassung ist, verwirklicht werden können; auch gegen den Willen der sogenannten Wirtschaftsführer und trotzdem der „Herz Borfig ein Stück Verfassung ist!“ Zehn Jahre Republik, das bedeutet, auf vielen Gebieten Bestrebungen verwirklicht zu haben, die von unsern Vorfahren und auch noch von den Jüngeren vor dem Kriege als weitestgesteckte Ziele, deren Verwirklichung noch in weiter Ferne lag, angesehen wurden. „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen“ sangen unsere Vorkämpfer. Heute ist dies Grundrecht der Demokratie verwirklicht; aber da gibt es selbst Angehörige der Arbeiterklasse, die verächtlich vom „Stimmzettel“ und vom „Parlamentarismus“

sprechen; tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen; gesetzlich geschützte Betriebsobleute — Betriebsräte und Baudelegierte —; einheitliches Arbeitsprozedere bei Mitwirkung der Vertreter der Arbeitererschaft in allen Instanzen; staatliche Arbeitslosenversicherung; die Maßfeler in einigen Ländern gesetzlicher Feiertag. Das sind alles Dinge, an die die Arbeitererschaft vor 10 Jahren noch nicht zu denken wagte, die aber in der Republik Tassachen geworden sind. Ein Minister aus Arbeiterkreisen war vor ein Duzend Jahren einfach ein Linding und wäre ebenso verpönt gewesen, wie international zu denken, was in vor-novemberlichen Zeiten nur die Sozialdemokratie tat, heute aber üblich ist. Also es sind — neben manchen Unorfüllen — auch Fortschritte und manche Erfüllung einstmaliger Bestrebungen aufzuweisen. Man kann dies allerdings nicht feststellen, indem man den politischen Fortschritt an den Preisen für Kohlköpfe mißt. Aber, 10 Jahre Republik haben trotz mancher Nichterfüllung doch zur Genüge der Arbeitererschaft gezeigt, welche Vorzüge diese Staatsform gegenüber der „guten, alten Zeit“ hat.

Zehn Jahre deutsche Republik sind für die Arbeitererschaft Deutschlands leider auch 10 Jahre Bruderkampf; und zwar in einer Form, wie ihn die Arbeiterklasse noch niemals erlebt hat. Er setzte schon 1918 ein mit dem Kampf gegen die „Sozialverräter und Gewerkschaftsbonzon“, und noch immer richtet sich der Kampf der Moskominen gegen die Gewerkschaften. Von diesem Kampf hat gerade in diesen Tagen die Hamburger Hafnarbeitererschaft beinahe unglaubliche Proben genossen. Was war los? Infolge der Thälmann-Wittorf-Affäre und wegen des graufigen Hereinfallens der KPD, beim Panzerkreuzerpolksenscheid, der als Volksentscheid gegen die Sozialdemokratie gedacht war, mußte die KPD, alles aufbieten, um ihre Anhänger von diesen blamablen Hereinfällen abzulenken. Dazu suchte man sich den Werftarbeiterstreik oder besser gesagt den Hamburger Hafens aus. Wie die Bolsche-

wiken früher als „echte Margisten“ „die Revolution weitertreiben“ wollten, so wollten sie nun den Werftarbeiterstreik „weitertreiben“, wobei sich ihre besondere Liebe den „instinktiv Klassenbewußten“, den „klassenbewußten, parteilosen Unorganisierten“ zuwandte. Also sollte mit Hilfe dieser Zeitgenossen — die vielfach Mitglied im „überparteilichen“ Roten Frontkämpferbund sind — die Hafnarbeitererschaft in den Streik getrieben werden. Da dies den Kommunisten wegen ihres geringen Einflusses in den Gewerkschaften nicht möglich ist und außerdem für den Hamburger Hafens vom Deutschen Verkehrsband tarifvertraglich geregelte und heute noch geltende Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, gingen die kommunistischen Sordern — anders kann man sie beim besten Willen nicht bezeichnen — dazu über, die ebenfalls vom Verkehrsband geregelte Arbeitsvermittlung zu zerbrechen und die organisierte Arbeitererschaft unter Drohungen und mit Anwendung von Gewalt von der Arbeit fernzuhalten. Langjährig organisierte Arbeiter wurden beschimpft und beleidigt, ja sogar von Leuten, die sich Kommunisten nennen, überfallen und verprügelt, oftmals auch schwer verletzt. So gelang es der KPD, mit diesen Rowdymitteln einen Teil der Hafnarbeitererschaft von der — tarifvertraglich geregelten — Arbeit fernzuhalten, ihr schweren materiellen Schaden zuzufügen und die Familien der Tot und dem Elend zu überantworten. Wer in diesen Tagen die Wohnviertel in der Nähe des Hamburger Hafens aufsuchte, der konnte in sich ebenso erschütternde wie grauenhafte Eindrücke politischer und menschlicher Verwahrlosung im Denken aufnehmen. Das waren die Ergebnisse kommunistischer Parteipolitik: Ein halbes Duzend bolschewistische Gestalten fallen über alte langjährig organisierte Arbeiter her, weil sie den Weisungen ihrer gewerkschaftlichen Organisation folgten. Und aus den Mäulern jehnjähriger Kinder des Volkes hörte man das dem organisierten Arbeiter zugegebene Wort: Streikbrecher. So wirkte sich die politische und soziale

Brunnenvergiftung der KPD, aus! Und das alles nur den politischen Parteieinstinkten der KPD, und ihren nebelhaften Zielen zuliebe. Denn die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind ja geregelt! Diesem der Arbeitererschaft unwürdigen Treiben der KPD, wurde ein Ende bereitet, als sich die gewerkschaftlich und die sozialdemokratisch organisierte Hafnarbeitererschaft zur organisierten Abwehr entschloß. Gar bald war der Spuk der KPD, und ihrer „klassenbewußten Unorganisierten“ verflohen. Und dieselben Nachläufer Thälmanns — der noch am 22. Oktober erklärte, „auf die Barrikade steigen“ zu wollen —, meldeten am 27. Oktober — wie es sich für Kullis gehört — bei der Hamburger Polizeibehörde den Abbruch ihres wilden Streiks. Nächstens wird die KPD, bei der Polizeibehörde die Genehmigung zur Weltrevolution holen! So schmachvoll und entwürdigend endete ihre Bewegung, und so wird jede Bewegung enden, die nicht von verantwortungsvollen Führern, sondern von Hanswursten geleitet wird. So wird auch jede Bewegung enden, die nicht von wahrhaft klassenbewußten und organisierten Arbeitern getragen ist.

Auch das haben die 10 Jahre Republik gezeigt: Hätte die Arbeiterbewegung in der Vorkriegszeit nur den zwanzigsten Teil jener politischen Freiheit genossen, die heute die KPD genießt — leider aber zum Schaden der Arbeiter mißbraucht —, dann stände die Arbeitererschaft sozial und kulturell besser da als heute und sie ließe sich nicht von den Gernegrißen der sogenannten kommunistischen Partei mißbrauchen. Es gäbe keine „klassenbewußten Unorganisierten“ und keinen Kampf einer sogenannten Arbeiterpartei gegen die Gewerkschaften.

Am 10. Jahrestag der deutschen Revolution erneuern wir unser Bekenntnis zur Republik. Die Gewerkschaften werden auch künftig stets bereit sein, die Fundamente der Republik gegen alle Angriffe zu verteidigen. Die freien Gewerkschaften wollen in Gemeinschaft mit der sozialistischen Arbeitererschaft auf den Fundamenten dieser Republik die soziale Republik aufbauen!

## Tagung der Bauarbeiter-Internationale in Madrid.

Im reich mit Palmen und roten Fahnen geschmückten Volkshaus zu Madrid trafen am 25. Oktober die Abgeordneten der Bauarbeiter-Internationale zu ersten Beratungen zusammen. Vertreter waren erschienen aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien und der Tschechoslowakei. Unser Bund war vertreten durch die Kollegen Weinhard, Scheibel, Otto und Schmitz. Als Gäste waren anwesend Vertreter der spanischen Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Spaniens, und als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes Genosse Caballero.

Im Namen der Bauarbeiter-Internationale begrüßte der Vorsitzende Fris Paeplo die Delegierten, Kollegen und Gäste aus herzlichste. Er erinnerte daran, daß vor nunmehr 25 Jahren die Bauarbeiter-Internationale gegründet worden ist. Der diesmalige Kongress werde in Madrid abgehalten, um die spanische Bauarbeiterorganisation zu ehren und ihr Anerkennung zu erweisen für ihren Organisationsfleiß, der nunmehr 37 Jahre währt. In Madrid hat der Bauarbeiterverband 23 000 Mitglieder, insgesamt im Lande 35 000. Das ist anzuerkennen in einem Lande, das wenig Industrie hat und sich in der Hauptsache durch Landwirtschaft ernährt. Unseren spanischen Mitkämpfern besonderer Gruß und Glückwunsch zu weiteren Erfolgen! — Der Redner verbreitete sich dann über das Werden und die Weiterentwicklung der Bauarbeiter-Internationale. Die Anregung zu ihrer Gründung ging von Deutschland aus. Am 28. März 1903 fanden sich zum ersten Male Ländervertreter der Bauarbeiterorganisationen in Berlin zusammen. Anwesend waren Vertreter der deutschen, dänischen, holländischen, italienischen, norwegischen, österreichischen, schwedischen, schweizerischen und ungarischen Bauarbeiter. Die internationale Verbindung wurde in der Hauptsache deshalb angestrebt und beschlossen, weil sich wiederholt gezeigt hatte, daß das Unternehmertum bei Arbeitskonflikten Streikbrecher im Zustande mit Erfolg anwand und auf diese Weise die Lohnkämpfe der Bauarbeiter stark erschwerter. Auch die Zimmerer gründete 1903 ihre Berufsinternationale. Die internationale Verbindung machte gute Fortschritte. Sie half solidarische Bande knüpfen. Heute gehören rund 900 000 Bauarbeiter unserer Internationale an. Damit gehören diese Internationale jedoch noch lange nicht die Bauarbeiterorganisationen aller Länder an. Erinnert sei daran, daß uns noch Amerika, Australien und einige andere Länder fehlen. Wir werden nicht verfehlen, auch fernerhin alles zu versuchen, um diese Arbeitsbrüder für die Bauarbeiter-Internationale zu gewinnen. Wir wollen aber anlässlich dieses Kongresses auch nicht verfehlen, die furchtbaren Bauernstütze in Prag und Paris zu erwägen. Wir sind erschlößt angedacht des Todes so vieler Arbeitsbrüder. Wir erheben flammenden Protest gegen eine solche Ruherwirtschaft im Baugewerbe! Wenn durch nichts anderes sind diese Unfälle verhütbar. Sie fordern einen Schuß der Arbeit, der solche Unfälle unmöglich macht, und werden nicht ruhen und rasten, bis wir dieses Ziel erreicht haben! Dem spanischen Volk und der Stadt Madrid sei bei dieser Gelegenheit wegen des großen Theaterbrandes, der so viele Menschenleben dahingerafft, gleichfalls das tiefste Mitgefühl dieses Kongresses ausgesprochen. — Mögen nun die Arbeiten dieses Kongresses zu einem weiteren Markstein der Bauarbeiter-Internationale werden, mögen die

Verhandlungen selbst von kameradschaftlichem Geiste geleitet sein, zum Besten der Bauarbeiter aller Länder! (Lebhafte Beifall.)

Hierauf begrüßte namens des spanischen Bauarbeiterverbandes Kollege de Gracia den Kongress. Er gab der großen Vergnügung und Freude Ausdruck darüber, daß dieser Kongress in Madrids Mauern tagt; die spanischen Kollegen werden nicht verfehlen, auch fernerhin treue Mitglieder der Bauarbeiter-Internationale zu sein. Nochmals herzlich willkommen! (Lebhafte Beifall.)

Nach weiteren Begrüßungsreden des Vertreters der Sozialdemokratischen Partei und Presse Spaniens, der betonte, daß sich auch in Spanien Partei und Gewerkschaften eins fühlten, und des Genossen Caballero, der unter anderem auch das Schicksal der Frauen- und Kinderarbeit in Spanien schilderte, die sogar im Baugewerbe stark grassierte, und nach Entgegennahme schriftlicher Begrüßungen der Madrider Bauhilfsarbeiter und der spanischen Arbeiterjugend, wurden in das Bureau des Kongresses Paeplo, Kober und Wolgast gewählt. Bei Vertretung der Präsenzliste teilte Paeplo mit, daß der norwegische Bauerverband und die rumänische Organisation aus gebliebenen Gründen nicht vertreten sind. Wegen Pöschwierigkeiten fehlten die Vertreter für Italien, Ungarn und die Schweiz. Insgesamt sind anwesend 10 Vorstandsmitglieder, 23 Delegierte und 5 Leberleiter.

Nachher erfolgte der Sekretär der Internationale, Kollege Kapple, den Tätigkeitsbericht. Er gab zunächst einen Rückblick auf die 25jährige Tätigkeit der Bauarbeiter-Internationale und gedachte dabei jener Männer, die sie begründet und gefördert haben. Von jenen Allen lebt heute nur noch Fris Paeplo. Er ist heute der Führer, und es ist ihm nachzurufen, daß er stets ein Förderer der internationalen Bewegung war und, falls es galt, mit der Tat einzuspringen, immer eifrig dafür wirkte. Heute sind 25 Organisationen in 20 Ländern der Internationale angeschlossen. Die Zahl der Mitglieder ist seit 1903 von 135 600 auf über 900 000 gestiegen. In erfreulicher Weise ist es aufwärtsgegangen. Mit aller Deutlichkeit zeigt der dauernde Kulturaufstieg der Baurollen die wachsende Gewerkschaftsmacht der Bauarbeiterchaft. In einigen Ländern will es allerdings mit dem Aufstieg der Organisation nicht so recht vorwärtsgehen. So hat Frankreich heute nur 10 000 Mitglieder. Eine Schwierigkeit für die französische Bruderverorganisation liegt allerdings in der Einwanderung organisationsfeurer italienischer Bauarbeiter. Sie kann aber nicht ausschlaggebend sein. Das Land selbst hat sicherlich Hunderttausende einheimischer Bauarbeiter. Die Leitung der französischen Organisation sollte dazu übergehen, von andern Ländern zu lernen. Sie muß den Rat aufbringen, den Kollegen im Lande zu sagen, was nötig ist. Sie muß ihnen das Beispiel aus weit kleineren Ländern vor Augen führen, sie aufstellen und anseuern. Das ist sie dem eigenen Lande und unserer Internationale schuldig. — In Großbritannien sehen wir ebenfalls Mitgliedererhebungen. Sie sind ver schuldet durch den unbefriedigenden Ausgang des letzten großen Bauarbeiterkampfes in England, und die Organisationszerpflüchterung in neuerer Zeit sehen wir Anzeichen der Wendung, so daß eine Besserung im Organisationsstand zu erhoffen ist, zumal der englische Arbeiter für die Gewerkschaftsnötwendigkeiten Verständnis hat. — Bekannt sind die Schwierigkeiten, die die italienischen Arbeiter unter dem

Faschismus erdulden müssen. Natürlich haben darunter auch die italienischen Bauarbeiter zu leiden. Der Sitz des italienischen Gewerkschaftsbundes ist heute in Paris. Wir unterstehen die Bewegung vom Auslande aus. Leider sind es heute ausschließlich nur 4 Berufs-Internationale, die sich der italienischen Arbeitsbrüder annehmen. — In der Tschechoslowakei ist es endlich nach großen Mühen gelungen, die Grundlage für eine einheitliche Bauarbeiterorganisation zu schaffen. Es war die höchste Zeit, der Mittlere rückgang war äußerst bedenklich geworden. Nun wird es dort wieder aufwärtsgehen. Erhoffen wir von der Einigung einen erneuten Organisationsaufstieg allen Hindernissen zum Trotz, die nach da und dort aufstehen. — Die Beitragsleistung in den verschiedenen Ländern zeigt an der Beitragshöhe die Stärke der Organisation. Wo hohe Beiträge geleistet werden, ist auch die Organisation stark, niedrige Beiträge zeigen das Gegenteil. Frankreich ist dafür ein prächtendes Beispiel. Man möge sich endlich von der törichtigen Annahme befreien, niedrige Beiträge förderten die Organisation. Nur zu leistungsfähigen Verbänden werden die Arbeiter Vertrauen haben! — In der Frage der Bauarbeiterlöhne zeigt ein Vergleich mit den Handlöhnen, daß die Bauarbeiterlöhne zu niedrig sind. In den meisten Ländern bezieht der Maurer einen niedrigeren Wochenlohn als der Handwerker, obwohl dieser 52 Wochen im Jahr beschäftigt ist. Die „hohen“ Bauarbeiterlöhne gehören ins Reich der Fabel. Wirken wir dafür, daß in allen Ländern die Löhne der Bauarbeiter eine einen Vergleich aushaltende Höhe erreichen. — Gegenständigkeitsverträge innerhalb der Bauarbeiter-Internationale sind bisher 7 abgeschlossen worden. Sie regeln die Unterstüßungen und Beitragsleistungen der Bauarbeiter in den Grenzgebieten. Auch zwischen den Internationalen der Bauarbeiter, der Holzarbeiter und der Steinarbeiter ist ein Gegenständigkeitsvertrag abgeschlossen worden. — Im Bauarbeiterstreik müssen wir unermüdlich tätig sein. Die großen Bauunfälle in letzter Zeit sind Warnzeichen. Sie müssen aber auch anporneuern wirken, um überall ein ausreichendes Bauarbeiterchutzgesetz zur Durchführung zu bringen, das in jeder Richtung in bezug auf seine Einhaltung von den Organisationen überwachbar wird. Auch hier ist Selbsthilfe als Nothilfe nötig. — Die Ferienfrage so zu fördern, daß jeder Bauarbeiter Ferien erhält, gehört außer in den nationalen auch in unsern internationalen Aufgabenkreis. Auch darin müssen wir vorwärtsbringen suchen. — Die Kassenerhältnisse der Bauarbeiter-Internationale haben sich zwar gebessert, durch größere Ausgaben an in Not geratene Organisationen sind sie jedoch erheblich geschwächt worden. — Über so etwas gehört ja zum Aufgabenkreis unserer Internationale. Unsere Werbearbeit für unsere Internationale ist auch in der letzten Weltkriegerperiode eifrig betrieben worden. Der Erfolg entsprach leider nicht den Bemühungen. Vor allem ist die Werbung um die amerikanischen Bauarbeiter wenig erfolgreich gewesen. Die Amerikaner sind leider der irrigen Meinung, ihr Anschluß könne sich auf ihre eigenen Verhältnisse nachteilig auswirken; im übrigen streben ja auch die politischen Ansichten in einem Lande auf die Gewerkschaftsanfichten ab. Trotz alledem werden wir weiterwirken in aller Weise und nicht eher ruhen, bis die Fahne der Bauarbeiter-Internationale über allen Ländern weht! (Starker Beifall.)

Am zweiten Verhandlungstage folgte die Ausproche über den Bericht Kappers. Die Einigung der Bauarbeiter



beitszeitpolitik der deutschen Bauarbeitergewerkschaften, die in Etappen vom Achtstundentag zum Achtfundentag führte. Den Unternehmern gefällte diese Entwicklung der Arbeitszeitfrage durchaus nicht. Seit 1923 laufen sie Sturm gegen den Achtfundentag. Es hat ihnen nichts genügt; alle Angriffe gegen den Achtfundentag wurden abgewehrt. Die deutschen Bauarbeiter sind auch fest entschlossen, sich unter keinen Umständen den Achtfundentag nehmen zu lassen. Die Lebenskämpfer, die Nacht- und Sonntagsarbeitszulage sind in Deutschland tariflich geregelt. Der Redner erklärte zusammenfassend alle Gründe, die für den Achtfundentag im Baugewerbe sprechen: das allgemeine Kulturstreben, Schwerarbeit, die Rationalisierung, die starke Unfallgefahr an Bauten, bessere Verteilung der Arbeit auf das ganze Jahr, um der im Baugewerbe schon notorisch gewordenen Arbeitslosigkeit zu begegnen. — Wie sieht es nun mit dem Achtfundentag in anderen Ländern aus? Erst vier Nationen haben das Washingtoner Arbeitszeitabkommen restlos anerkannt. Wir haben das Recht, zu verlangen, daß dieses Abkommen in allen Ländern ratifiziert wird. Entschieden müssen wir aber auch Protest erheben gegen eine falsche Auslegung des Washingtoner Abkommens, die darauf hinausläuft, den baugewerblichen Achtfundentag zu durchlöchern. Man möchte den Achtfundentag im Baugewerbe nur für jene Zeit anerkennen, in der schon aus äußeren Gründen nicht länger als acht Stunden täglich gearbeitet werden kann. Dagegen setzen wir uns mit allen Kräften wehren. Wir haben auch das Bestreben der Bauarbeiter zu unterstützen, das auf den freien Sonnabendnachmittag hinausläuft. Der Achtfundentag gehört uns unbedingt; er ist kein Geschenk, er ist ein kulturelles Recht, auf das wir begründeten Anspruch erheben. Davon lassen wir nicht. Und wir werden mit allen Kräften dafür eintreten, daß er dort, wo noch nicht vorhanden, erstritten, und dort, wo erstritten, erhalten bleibt! Das wird uns gelingen, wenn überall starke Bauarbeiterorganisationen vorhanden sind. Darum stärkt die Organisationen, sie sind der Schlüssel für die Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe! (Lebhafte Beifall.)

Die Ansprache bewegte sich ausschließlich im Sinne des Referats Bernhards. Von England wurde festgestellt, daß dort in den wichtigsten Orten täglich acht Stunden, Sonnabends vier Stunden im Baugewerbe gearbeitet wird. Auch in Finnland wird trotz des Widerspruchs der Unternehmer der Achtfundentag im Baugewerbe hochgehalten. In Holland ist entgegen einer ministeriellen Verfügung, die den Neunfundentag für das Baugewerbe dekretierte, der Achtfundentag trotz alledem und durchweg hochgehalten worden. In Dänemark ist der Achtfundentag im Baugewerbe bereits vor dem Kriege, in Norwegen 1919 tariflich festgelegt worden. Wegen der großen Arbeitslosigkeit wird demnach in Norwegischen Gewerkschaftsbund allgemein der Sechsfundentag gefordert werden. In Schweden und Österreich herrscht im Baugewerbe durchweg die 48-Stundenwoche. — In völliger Uebereinstimmung wurde die nachstehende Entschließung unter großem Beifall einstimmig angenommen:

Durchdringung von der Notwendigkeit des Schutzes der menschlichen Arbeitskraft und der Hebung der kulturellen und materiellen Lage der Arbeiterschaft, ruft die 8. Konferenz der Bauarbeiter-Internationale alle Organisationen der baugewerblichen Arbeiter erneut auf zum Kampfe für die Erringung und Sicherung des Achtfundentages. Der achtfundentägige Normalarbeitslohn ist die Grundlage, von der aus sich die Arbeiterschaft eine menschenwürdige Lebenshaltung erkämpfen kann und muß.

Die Konferenz beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß der Bauarbeiter-Internationale, mit allen Berufssekretariaten, Landeszentralen und mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund rege Verbindung zu halten, um den Kampf für die restlose Durchführung des Achtfundentages nach einheitlichen Richtlinien und mit gegenseitiger Unterstützung führen zu können.

Unter Voranstellung aller gewerkschaftlichen Maßnahmen schließt sich die Konferenz den Forderungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Paris 1927 an. Die Konferenz erhebt entschiedenen Protest gegen die Londoner Vereinbarung der Arbeitsminister von 1926, wonach

Artikel 5 der Konvention von Washington in falscher Auslegung auf das Baugewerbe anwendbar sein soll. Wir fordern Anerkennung des Artikels 6b der Konvention auch für das Baugewerbe, und gefestigten Schutz der Tarifverträge, die die Wochenarbeitszeiten unter 48 Stunden festlegen.

Schließlich beauftragt die Konferenz den Geschäftsführenden Ausschuß der Bauarbeiter-Internationale, periodisch Untersuchungen über den Stand der Arbeitszeit und aller Arbeitsbedingungen bei den baugewerblichen Verbänden aller Länder zu veranstalten, und das Ergebnis der Erhebungen in dem Bulletin der Bauarbeiter-Internationale zu veröffentlichen.

Die Säugung der Bauarbeiter-Internationale wurde nicht geändert. Der Sitz der Bauarbeiter-Internationale verbleibt in Deutschland. Der Geschäftsführende Vorstand mit dem Sekretär Käppler wird gleichfalls einstimmig zur Wiederwahl vorgeschlagen mit der Ausnahme, daß an die Stelle des Präsidenten Fritz Paepow, der wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand versetzt ist, der Kollege Nikolaus Bernhardt treten soll. Nach kurzer Aussprache wird, diesen Vorschlägen entsprechend, einstimmig beschlossen. Auch der Beirat der Internationale wurde in der bisherigen Länderzusammensetzung wiedergemäßt. Die nächste Konferenz der Bauarbeiter soll in Prag abgehalten werden.



Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Kollege Barron dankte in herzlichen Worten dem auscheidenden Präsidenten Paepow für alle der Bauarbeiter-Internationale geleisteten Dienste. Er hat es stets verstanden, aufeinandergegensätzlichen auszugleichen. Wir betrachten ihn immer als unsern persönlichen Freund und väterlichen Berater. Dem neuen Präsidenten wünschen wir ebenfalls von Herzen Glück und guten Erfolg bei seinem Wirken. Mit einem lebhaft aufgenommenen Hoch auf Fritz Paepow schloß Barron seine Rede.

Hierauf hieß Kollege Paepow das Schlußwort. Er habe während der 25 Jahre Bauarbeiter-Internationale stets seine Pflicht erfüllt. Es ist richtig, wenn Kollege Barron sagt, er — Paepow — habe entsprechende Gegenseitigkeiten stets mit Erfolg zu überbrücken verstanden. Die Arbeit in der Internationale habe ihm große Freude gemacht. Sein Nachfolger Nikolaus Bernhard werde sich gleichfalls bald das Vertrauen der Internationale erwerben. In der festen Zuversicht, daß Kollege Bernhard die Internationale gut leiten und die Internationale auch weiterhin hin blühen und gedeihen werde, schloß er die Konferenz mit einem Hoch auf unsere Internationale.

Alle Delegationen stimmten in dieses Hoch kräftig und begeistert ein. Dann trennten sich die Teilnehmer mit dem Gruß: Auf frohes Wiedersehen in Prag!

**Zehn Jahre Reichsarbeitsministerium.**

In diesen Tagen ist das zehnjährige Bestehen des Reichsarbeitsministeriums gefeiert worden. Ein Jubiläum, das desto eher wert ist begangen zu werden, weil gerade diese Behörde gegenmütig im Mittelpunkt scharfer Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit steht. Die Arbeiterschaft hat aber auch desto mehr Veranlassung, sich dieses Ministeriums anzunehmen, weil seit langem starke Kräfte an seiner Befestigung arbeiten. Bei der Industrie besteht der Plan, eine Vereinigung des Reichswirtschafts- und des

Reichsarbeitsministeriums herbeizuführen. Die Leitung eines solchen vereinigten Ministeriums soll natürlich einer dem Unternehmertum genehmen Persönlichkeit zufallen. Deshalb muß das Bestehen des Reichsarbeitsministeriums nicht nur gesichert, sondern diese Körperschaft muß als Schutz und Schirm der Sozialpolitik ausgebaut werden.

Am 26. Oktober 1918 wurde von dem damaligen Reichskanzler ein Erlass veröffentlicht, wonach die Angelegenheiten, die sich auf die Fürsorge für Arbeiter und Angestellte, auf die Verhältnisse des Arbeitsmarktes, auf Wohlfahrts-einrichtungen und sonstige Fragen der Sozialpolitik beziehen, aus dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamtes losgelöst und einem neu zu schaffenden Reichsarbeitsamt übertragen werden sollten. Damit wurde das Reichsarbeitsministerium, das im März 1919 diesen Namen erhielt, geboren. Später bekam das Ministerium auch noch die Versorgungs- und Pensionsangelegenheiten der Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht und deren Hinterbliebenen übertragen. Das große Gebiet, das das Arbeitsministerium zu bearbeiten hat, ist unruhig durch die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und des Arbeitslohnes, der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge, des Wohnungs- und Siedlungswesens sowie des Pensions- und Versorgungswesens für Kriegsschadigte und Kriegshinterbliebene. Die Aufgaben des Ministeriums gehen mithin weit über den Rahmen hinaus, der durch seinen Namen vorgezeichnet ist. Daß es heute ein Ministerium mit derart weiten Befugnissen und Aufgabengebieten gibt, ist ein Beweis dafür, wie grundlegend sich die Verhältnisse in Deutschland gewandelt haben. Es ist der Ausdruck der sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen, die sich lange vor dem Kriege vorbereiteten, durch den Umsturz aber mit einem Schläge verwirklicht wurden. Somit ist das Reichsarbeitsministerium von den großen sozialen Strömungen getragen, die dem Gesellschaftsleben der Gegenwart mehr oder weniger das Gepräge geben. Der Mensch ist in den Mittelpunkt der Wirtschaft gerückt; er soll nicht nur Werkzeug und Mittel zum Zweck sein, sondern der alles beherrschende Faktor des gesellschaftlichen Lebens. Die geistliche Verankerung und Vertretung dieser großen Gesichtspunkte sollte besonders im Reichsarbeitsministerium ihre Stütze finden.

Die Sozialpolitik, soweit sie in der Vorkriegszeit vom Staate getrieben wurde, kam über den Gedanken der Fürsorge nicht hinaus. Der Arbeiter sollte während der Krankheit oder eines Anfalles, im Alter und im Falle der Invalidität einen gewissen Schutz genießen. Diese Art Sozialpolitik hatte noch einen Hintergedanken; der auftretenden Arbeiterbewegung sollte der Wind aus den Segeln genommen werden. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts war der Arbeiter sich selbst überlassen. Die damals bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte waren nur ein kleiner Anfang des späteren Arbeitsrechts. Die Arbeiterschaft stand den Unternehmern ziemlich hilflos gegenüber. Die Grundlage, auf der beide Parteien standen, war also durchaus ungleich. Wolte man hier zu einem Ausgleich kommen, und die Handlungsfreiheit auf beiden Seiten herstellen, so mußte zunächst einmal das gesellschaftliche Recht des Schwächeren hergestellt werden. Erst die Verfassungsjahre der Republik schuf die Grundlagen, auf denen das neue Gebäude Sozialpolitik errichtet werden konnte. Deshalb ist die Arbeiterschaft mit dem Bestehen des neuen Staates eng verknüpft.

Die Reichsverfassung sieht die Schaffung gesetzlicher Vertretungen der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen vor. Die gesetzlichen Grundlagen, in deren Mittelpunkt der spätere sozialpolitische Gesetze. So entstand das Betriebsratsgesetz, das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, der Reichswirtschaftsrat u. a. Das Arbeitsnachweisgesetz vom Jahre 1922 ist der Vorläufer des späteren Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das am 1. Oktober 1927 in Kraft trat. Das Arbeitsgerichts-gesetz vermindlichte weiter, was seit Jahrzehnten von der organisierten Arbeiterschaft angefordert war. Die geistliche Fundierung wichtiger Rechte des arbeitenden Menschen waren schließlich Aufgabe der Behörde, die in diesen Tagen ihr zehnjähriges Bestehen

schule. Die diensttuenden Schüler — und vielleicht auch die Form des Dienstes — unterscheiden sich wohl wenig von einem richtigen Militär. Aber ihr Auftreten und auch ihre Gesinnung ist allgemein sympathischer, man möchte sagen republikanischer als bei den Angehörigen der Reichswehr, besonders ihrer Offiziere. Der Polizeioffizier ist nicht mehr der Sohn des Junkers von und zu, wenigstens auch hier einmal war einer die Wärrin des Heeresoffiziers nachahmt. „Aeh, ah, Kamerad...“

In Ostpreußen sind in der Regel die Bahnhöfe nicht in oder an den Städten, sondern außerhalb. Für die Städte — oder für die Hotels — hat dies den Vorteil, daß sie eine Autobuslinie einrichten, die sich für eine Strecke von etwa zwei Kilometer bis zur Stadt 30 bis 40 z. zahlen läßt. Ein verhältnismäßig hoher Preis. Diese Pille wird allerdings verflucht durch die freundlichen und liebenswürdigen Menschen, die die Ostpreußen nun einmal sind. Gewisse Junker und größere und kleinere Bauern müssen zwar von diesem Lob ausgeschlossen werden. Ihre Gepölsche drehen sich fast immer um den Kern des letzten aufgekommenen Wortes: „De Beamten und die Swelen sind unser Ruin.“ Und so hörte man sie überall klagen und schimpfen. Klagen über die „niedrigen Preise“ und die „hohen Löhne“, und schimpfen vor allen Dingen auf das Finanzamt. Warum, ist eigentlich nicht klar, da die größten Steuern zahlen. Dieser Teil der ostpreussischen Volksgenossen kolportierte auch geflissentlich das Gerücht, daß „die Regierung Ostpreußen an die Polen verkaufen will“. Bei den politisch Rückständigen macht auch diese größte aller Unfinnkigkeiten sogar noch Eindruck, und in Königsberg vermag er vorankommen die Hakenkreuzler sogar eine Protestversammlung gegen die „beabsichtigte Verklauung Ostpreußens an den Bölkern“. Die Republik ist sehr langmütig, besonders in Ostpreußen, wo man in Königsberg sogar die Plakatierung dieses reaktionären Unsinns an den

Anschlagtafeln und an der Stadthalle duldet. Dieselben Leute, die in dieser Form gegen die republikanische Regierung hegen, kultivieren im Offenen einen Spezial-Patriotismus. In ihrer Presse findet man viele Male die Wendung „Wir Ostpreußen“. Auch dann, wenn ein Landsmann etwas vorträgt hat, was mit seiner ostpreussischen Herkunft gar nichts zu tun hat. Zum Beispiel, wenn der bekannte Segelflieger Schulz wieder einen Rekord — oder auch das nicht mal — aufgestellt hat. — Ein Rittergutsbesitzer wendet sich in ungläublich tölpelhafter Weise gegen eine linksgerichtete Berliner Zeitung, weil sie über tatsächlich bestehende Mißstände bei den Landarbeitern berichtet hatte. Er glaube, die Mißstände am besten verkörpern zu können, daß er etwa schreibt: „Reidenburger Zeitung“ vom 9. Oktober — „Wir Ostpreußen“, „Jeder Ostpreuße, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, wird sich solche Heftigkeiten, wie die in der Berliner Zeitung, die nun geeignet sind, Unfrieden zu säen, verbieten“. ... Soldaten Schmutz bekommen die Leser vorgelesen, in einem Lande, in dem es nach dem Reichsbundbuch — Gottseidank! — keine Landdielen gibt, aber was nicht in den Reichsbundbüchern steht, fürstbare Wohnungsverhältnisse. Das Reichsbundbuch, „das südtürkische Ostpreußen“ ist überhaupt ein Mutterbuch, zeugend für den Geist derer, die nun einmal dem Patriotismus in Erbacht genommen haben. In diesem Buch darf ein Herr mit dem urdeutschen Namen Worgitzki in einem Aufsatz „Volksabstimmung und Heimatbewegung in Süd-Ostpreußen“, über seine Landsleute schreiben: „In der Tat waren im Frühjahr 1919 die Aussichten für Polen nicht ungunstig. Nicht als ob damals unsere Bevölkerung weniger deutsch gefimmt wäre, wohl aber hatte in jener Zeit der deutsche Staatsgedanke bei uns im Offnen einen Kredit verloren.“ Wohlgemerkt, nicht etwa der monarchistische Staatsgedanke, dessen vornehmste Repräsentanten Ludendorff, Wilhelm und andere waren; sondern der deutsche Staatsgedanke, der überhaupt

Ostpreußen uns erhalten hat, und der in der Republik verkörpert ist, soll allen Kredit verloren, denn „die Revolution und ihre Folgeerscheinungen, sind dem deutschen Osten ja nicht eigentümlich, sondern durch die Landfernde, teilweise höchst anrüchliche Elemente aufgedrängt waren.“ — So haucht in ostpreussischen Reichsbundbüchern die Reaktion. Im gleichen Stil geht es weiter: „Die Fälligkeit der Nationalversammlung und der Regierung, trotz feierlicher Ministerbeurteilung und -schwüre, hatten den Glauben, daß Ostdeutschland noch die Kraft und den Willen hätte, sich für seine Ostmark einzusetzen, gründlich zerstört. Man war damals fest davon überzeugt, daß Süd-Ostpreußen durch eine geheime Abmachung den Polen bereits zugesprochen war.“ Aber der Ostdeutsche Heimatdienst — wahrlich ein Kind der des Herrn Worgitzki — hat die feinsten Pläne der Regierung verbunden. So hat wenigstens heute die Leuten vom Schlage Worgitzki wieder in der Lage, behaupten zu können, Ostpreußen soll verkauft werden. — Wie die Bauern aber die Pflichterfüllung gegenüber dem Staat denken, ist zwar allgemein bekannt, kann man auch in jedem Eisenbahnwagen hören, wo sich feste Bauern über die Finanzämter lustig machen, die ihnen 18 % Hagelgeld glauben. Es lebe die Steuerdrückabergerei! Diese Leute müssen bei der Beurteilung der Bevölkerung unserer Ostmarken streng geschieden werden von jenen sympathischen und freundlichen ostpreussischen Menschen, deren Gestalten uns unter anderem auch aus den Sudermännischen Schaulpielen bekannt sind, die fessel herzhafte und große Menschlichkeit mit jenen gleichartigen Bauern, Fabrikanten und Handwerkern gemein haben, die Werhart Hauptmann dem wirklichen Leben nachgeformt und für uns auf die Bühne gestellt hat. Und dieser harte und wetteiferste Menschenschlag ist die Hoffnung aller republikanischen Staatsgedanken, auf ihn baut sich aller Fortschritt, wenigstens ist nicht, wo jedes Gasthaus, das Bild Hindenburgs, „des Befreiers Ostpreußens“, an der

# Heinrich Hüttmanns Grabgeleit.

Ein regenfeuchter, früher, aber doch milder Herbsttag; leise fallendes Laub, Sterben und Vergehen, aber zugleich auch neues Werden verfallend, so lag über Wegen und Stegen, über Baum und Strauch die Stimmung, die auch die Vielen erfüllte, die Berufskollegen, Streitkameraden und Bekannte, die am 25. Oktober aus nach und nach entlassenen Freund zu seiner letzten Ruhestätte zu geleiten. Schnell füllte sich der weite Raum der Frankfurter Friedhofshalle bis auf den letzten Winkel, als sich ihre Lore zu der festgesetzten Stunde auflauten. Unter einem Berg von Blumen und Kränzen war der Sarkophag gebahrt, umgeben von dem Rot und Schwarz-Rot-Gold der Fahnenabordnungen und flankiert von Reichsbannerkameraden. Feierlich erstarrten Orgeln, Lind und tröstend, leitete über zu dem von Arbeiterjüngern ergreifend und zu Herzen gehend vortragenen Weibgeleit „Der du vom Himmel bist“. Sodann feiert ein Vertreter der freireligiösen Gemeinde die Verdienste des Verstorbenen, seine Unermülichkeit in der Arbeit für das Gesamtwohl und seine treue Pflichterfüllung. — „Aube aus dem Kampf, ruhe aus dem Streit“ hebt der Sängerkhor wieder an. Die Fahnen senken sich, und geleitet von der Abschiedsklänge der Orgel, setzt sich ein schier endloser Leichenzug mit vielen Kranz- und Fahnenträgern in Bewegung zur Gruft, unter ihnen manche Bauarbeiter in Arbeitskleidung. In Frankfurt und Umgegend läßt die Bauarbeiterschaft die Arbeit um diese Zeit für eine Stunde ruhen, um den verstorbenen Führer zu ehren. In einem weiten Rund hat sich die Trauergemeinde um das offene Grab geschart. Hier eröffnet der Sängerkhor die Feier. „Ein Sohn des Volkes“ erklingt es, und unter den Klängen dieses Wort für Wort auf Heinrich Hüttmann zutreffenden Liedes wird der Erde zurückgegeben, was an ihm sterblich war. Dann folgt die lange Reihe der Abordnungen, den verstorbenen Freund zum letzten Male zu grüßen. Das Vor-

standsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hüttmann, dankt dem Heimgegangenen im Namen der Parteileitung und der Reichstagsfraktion für sein treues Mitwirken in dem Kampfe für die Freiheit und für die Reichswehr, vor allem der Arbeiterklasse. Im Namen unseres Bundesvorstandes gedenkt Heibelberg in seinem Scheidegruß der von der Organisation unter der hervorragenden Mitwirkung des verstorbenen Freundes für die gesamte Arbeiterbewegung wie für die hessische Bauarbeiterschaft im besondern geleisteten Arbeit, den Angehörigen als Trost die Anteilnahme der gesamten Bauarbeiterschaft und das dankbare Gedenken aller darbietend, die mit dem Verstorbenen gemeinsam getrebt und gekämpft haben. Weitere Abschiedsgrüße werden dargebracht von dem Vorstand des Bezirksverbandes Frankfurt und von einer Reihe anderer Bezirksverbände, ferner von Vertretern wohl sämtlicher Bauwerkstätten des Frankfurter Bezirksverbandes, wie auch einiger Baugewerkstätten aus den übrigen Teilen des Reiches. Auch große Baustellen haben Abordnungen entsandt; ebenso Bauhütten, die übrigen baugewerblichen Verbände und andere Gewerkschaften sowie Ortsausschüsse des DGB. aus Frankfurt und aus der näheren Umgegend, Parteivereine, Parteizeitungen, das Reichsbanner und viele andere, um die sich Heinrich Hüttmann in seinem auf das Wohl der Allgemeinheit gerichtetem Wirken verdient gemacht hat. In einem Hülge wölften sich die dargebrachten Kranz- und Blumenpenden. Auch die am Bezirksarbeitsrat beteiligten Unternehmer ehren ihren dahingegangenen Widersacher durch eine Kranzpende. — Weiterzuführen in dem Geiste des nun zur Ruhe befreiten Führers, damit das unter seiner Initiative begonnene und geförderte gemeinsame Werk reiche Frucht bringe, in diesem Geleite klangen die Abschiedsgrüße aus.

zu unterdrücken. Ferner sicherte durch, daß man hierfür nicht geringe Geldmittel bereitzustellen wolle. Seitdem ist mehr als ein Jahr verfloßen. Was die Textilindustrie betrifft, werden sie in aller Heimlichkeit durchgeführt, weshalb die scharfe Kampfstellung gerade in dieser Industrie durchaus nicht überaus hervorsticht. Die Ausdehnung des Kampfes in der Textilindustrie zeigt, wie gründlich die Unternehmer vorgearbeitet haben.

Zu der gleichen Zeit, wo die Textilindustrie im Herbst 1927 zur Bildung von Kampfgemeinschaften aufrief, begann die Schwerindustrie Westfälens sogenannte „Gefahrengeheimnisse“ ins Leben zu rufen. In einem seiner Zeit bekanntgewordenen Rundschreiben wurden die Unternehmer aufgefordert, den Forderungen der Gewerkschaften und den Schlichtungsbestrebungen des Reichsarbeitsministeriums, „einmal die Stirne zu bieten und einen möglicherweise daraus entstehenden Kampf reiflos und mit allen Mitteln durchzuführen“. Die Unternehmer wurden seiner Zeit aufgefordert, eine Sonderstreikkommission zu bilden, in die monatlich ein Betrag von 5 M je Arbeiter einzugeht werden solle. Der Kampf in der Schwerindustrie wurde Ende des vorigen Jahres schließlich durch ein Schiedsverfahren beigelegt. Seitdem hat man wenig mehr von den Gefahrengeheimnissen gehört. Aber wie die Unternehmer der Schwerindustrie bekannt sind, werden sie diese Idee und die organisatorischen Maßnahmen mit allen Mitteln weiter verfolgt und durchgeführt haben. Der Vorsitzende der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der bekannte Scharfmacher, Dr. Paul Reusch, äußerte bereits auf einer Tagung des Langnam-Vereins am 19. Juni dieses Jahres, daß die Schwerindustrie einmal aus ihrer Reserve heraustrreten müsse. Der Wortlaut dieses Teiles seiner Rede lautete folgendermaßen: „Das Unternehmertum befindet sich seit Kriegsende an der Vertiefung seiner Belange fast immer in der Defensive; es wird zu prüfen sein, ob es durch die Entwicklung der Verhältnisse nicht gezwungen wird, die bisherige Haltung zu ändern. Auch

der Gedanke wird erwohnen werden müssen, ob an den bisherigen Organisationsformen festgehalten werden kann. Wir stehen ohnedies zu sehr im Kollektivismus und müssen dem Individualismus wieder mehr Spielraum geben“. Die Versicherung, ob an den bisherigen Organisationsformen festgehalten werden kann, zielt darauf hin, die Unternehmerrorganisationen strenger zu zentralisieren, verstärkte Querverbindungen zu schaffen und eine zentrale Kampfororganisation des deutschen Unternehmertums ins Leben zu rufen. Im Anschluß daran wurde erklärt, daß die betriebliche Regelung der Arbeitsverhältnisse den Tarifgemeinschaften mit den Gewerkschaften vorzuziehen seien.

Es war notwendig, an diese Dinge zu erinnern, weil nur so die jetzigen Kämpfe in ihrer Zielsetzung zu verstehen sind. Für die scharfe Kampfstellung der Unternehmer, namentlich der Schwerindustrie, kam noch ein Umstand hinzu, der sehr wesentlich ist. Die deutsche Reichsregierung steht zu einem gewissen Teil unter sozialdemokratischem Einfluß. Solange das Bürgerturn in der Regierung maßgebend vertreten war, schreckten die Unternehmer möglichst vor einer großen Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft zurück. Jetzt hält man den Zeitpunkt für gekommen, um nicht nur einen Vorstoß gegen die Gewerkschaften, sondern auch einen solchen gegen die Regierung zu führen. Den westdeutschen Unternehmern ist namentlich das Schlichtungswesen ein Dorn im Auge. Sie arbeiten seit langem an seine Beseitigung. Es ist hierzu kein Zeitpunkt besser geeignet, als der, wo an der Spitze des Reichsarbeitsministeriums ein aus den Gewerkschaften hervorgegangener Minister führt. Die Konferenz beim Reichsarbeitsministerium, wo über die Fortentwicklung des Schlichtungswesens beraten werden sollte, ist ausgefallen wie das Hornberger Schießen. Ein greifbares Ergebnis ist nicht erzielt worden. Die Unternehmer der Schwerindustrie sind daran interessiert, die Krise des Schlichtungswesens noch weiter zu verschärfen, weil sie wissen, daß die Zeit dann für sie arbeitet.

Es dürfte sich erübrigen, auf die einzelnen Kämpfe näher einzugehen. Wichtiger ist es, die Grundlinien der Gewerkschaftskämpfe der neueren Zeit stärker herauszustellen. In die Augen fallend ist vor allem das, daß die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen sich immer mehr zu Gruppen- und Massenaktionen auszuweiten. Es geht nicht mehr um Tausende, sondern um Zehntausende oder gar Hunderttausende, die bei den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Unternehmer gehen wieder davon über, die Forderungen der Arbeiterschaft durch Massenaussperrungen zu beantworten. — Es ist nicht zu verkennen, daß die Verhältnisse sehr ernst liegen. Die Unternehmer der Textilindustrie, der Werften und der Schwerindustrie bieten den Beweis, daß die Unternehmerschaft als Ganzes mit aller Heftigkeit den Wünschen der Arbeiter auf Besserstellung ihrer Lage den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen gewillt ist. Die Kämpfe wachsen sich also zu einer Machtprobe in diesen Formata aus. Wenn die Arbeiterschaft in diesen Machtkämpfen unterliegt, wird sie es schwer haben, die Scharte wieder auszuweihen.

Die Gewerkschaften sind heute zu einem Stück Verfassung geworden. Ihre Aufgabengebiete sind im modernen Staatswesen tief verankert. Die Teilnahme der sozialdemokratischen Minister an der Reichsregierung, die erfreuliche Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und vieles andere zeigt, daß die staatsrechtliche Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung wächst. Das ist es, was den Unternehmern so äußerst unangenehm ist und weshalb sie den freierewirtschaftlichen Bestrebungen diesen scharfen Widerstand entgegenstellen. Der Arbeiterschaft wird durch die Kämpfe der Gegenwart ein deutlicher Anschauungsunterricht erteilt. Wenn sie ihnen nichts zu lernen vermag, dem ist nicht zu helfen. Unsere Funktionen sollen die Gelegenheit benutzen, ihre Kollegen darauf hinzuweisen, welche Zwecke und Ziele mit den Massenkämpfen der Gegenwart verbunden sind.

ferierte. Die neugeschaffenen Gesetze sind der Ausdruck eines neuen Geistes in dem Verhältnis zwischen dem Faktor Arbeit einerseits und der Wirtschaft und des Staates andererseits. Der kollektive Arbeitsvertrag, wie er im Tarifvertragswesen seinen Ausdruck fand, verdrängte den individuellen Arbeitsvertrag früherer Zeiten und wurde somit zur wichtigsten Grundlage der neuen Wirtschaftsordnung. Die großen Verbände der Arbeiter und Angestellten wurden zum tragenden Pfeiler der Sozialpolitik. In den Unternehmerrorganisationen fanden sie ihren Gegenpieler. Die Organisationen der Arbeiterschaft und des Unternehmertums wurden unmittelbar an den Aufgaben des sozialen Lebens beteiligt. Noch ist vieles unfertig in dem großen Gebäude der Sozialpolitik. Es gibt Stützwerke in ihm, die vorläufig nur erst nachträglich und des weiteren Ausbaues harren. Vieles ist noch man erst nach Jahren von einem organisch gewachsenen Gesamtwerk der Sozialpolitik reden können. Mithin sind noch große Aufgaben zu lösen.

Rein Ministerium war seit dem Umsturz so sehr dem Feuer der öffentlichen Kritik ausgesetzt wie das Reichsarbeitsministerium, denn es hat die Aufgabe, im Kampf zwischen Kapital und Arbeit die Rolle eines Richters und Schlichters zu spielen, und niemand kann bekanntlich mehr Herr dienen. Auch der Reichsarbeitsminister kann nicht die ihm durch die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse gezogenen Grenzen überschreiten. Die Arbeiterschaft ist sich darüber im klaren. Sie verlangt keine Wunder. Bei einer Würdigung der Arbeit des Ministeriums wird sie nicht verkennen, daß gerade durch die Konzentration der sozialpolitischen Arbeit in einem Ministerium mancher Schritt vorwärts getan wurde.

Aber die Erinnerung an eine schlechtere Vergangenheit kann nicht über die Schmerzen der Gegenwart hinweghelfen. Die Arbeiterschaft weiß: das Ideal liegt nicht in der Vergangenheit, es liegt in der Zukunft. Sobald aber der Blick in die Zukunft gerichtet wird, erscheint jede noch so große Erregung wieder klein und selbstverständlich. Die Arbeiterschaft weiß, daß das Arbeitsministerium noch nicht ein Arbeiterministerium ist; dennoch darf sie verlangen, daß künftighin im Reichsarbeitsministerium mit ungehörter Energie der Schutz der Arbeitskraft auf allen Gebieten der Wirtschaft ausgebaut wird. Wenn dazu ist das Arbeitsministerium geschaffen worden. Selbstgründet in der Profitorientierung der kapitalistischen Produktion, dreimal gefördert durch Kartelle, Syndikate und Trusts ist die Erstzinst des Unternehmertums. Allen Zufällen der Konjunktur, der technischen Einmündung und der Profitorientierung ist die Arbeiterschaft preisgegeben. Hier muß neben der politischen und gewerkschaftlichen Selbsthilfe des Reichsarbeitsministeriums eingreifen. Im Mittelpunkt der Wirtschaft steht der schaffende Mensch. Ihn zu schützen ist auch die Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums. Es haben die Gewerkschaften mit dem Reichsarbeitsministerium noch eine große Mission zu erfüllen. Daher werden sie dies wichtige Element der Sozialpolitik nicht nur schützen, sondern weiter ausbauen.

## Bedeutungsvolle Machtkämpfe.

Zur Zeit werden in einigen Teilen des deutschen Reiches Machtkämpfe zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten, wie sie seit Jahren nicht geführt wurden. An der Ostseeküste stehen 50 000 Werftarbeiter seit einigen Wochen im Streik. In der westdeutschen Textilindustrie sind große Massen der Arbeiter ausgeperrt. Der Hauptkampfplatz scheint sich in der westdeutschen Schwerindustrie zu entwickeln, dort wo Kapital und Arbeit sich am schärfsten und unverhöhnlichsten gegenübersehen. Niemand man noch den abgeklärten Kampf der niederschleischen Bergarbeiter hinzu, so haben wir ein Bild von Massen- und Gruppenkämpfen, wie selten jemals vorher.

Die Verhältnisse liegen ähnlich wie vor einem Jahr. Im Herbst 1927 wurden in der Textilindustrie ebenfalls scharfe Kämpfe durchgeführt. Ein Streik in dem Krefelder Gebiet veranlaßte die Unternehmer der Textilindustrie sogenannte Kampfgemeinschaften ins Leben zu rufen. Es wurde seiner Zeit bereits unverhöhnlich ausgesprochen, daß die Textilindustrie in Zukunft Mittel ergreifen würde, um lokale Kämpfe durch Massenaaktionen

und Kriegsstöße, als der zuverlässigsten Bundesgenossen der Gewerkschaften! Es lebe die Einheitsfront der deutschen und der litauischen Truppen mit der Roten Armee der Union der russischen Sowjetrepubliken! — Ist das nicht herrlich? Einheitsfront von Stalin über Schlageter bis Seckel!

Auch unser Baugewerksbund kann sich lassen. Wenn auch hier — wie anderswo auch — noch manches zu tun ist, so steht er doch unter den gewerkschaftlichen Organisationen Ostpreußens an einer ersten Stelle und nimmt in unserm Gesamtband eine mittlere Stelle ein. Nach unserer Juli-Statistik waren im Gebiet des Bezirksverbandes Königsberg im Jahre 1927 von je 100 im Baugewerbe Beschäftigten 65,4 % im Baugewerksbund organisiert; 3 % waren im christlichen Bauarbeiterverband; 0,1 % in andern gewerkschaftlichen Verbänden organisiert und 0 % in andern Zentralverbänden, bis dazu immerhin noch 25,5 %, das heißt, ein Viertel der Bauarbeiter unorganisiert war. Es ist also noch viel zu tun. Was aber von unserm Funktionären geleistet wird, verdient um so mehr Anerkennung, als die Verhältnisse in Ostpreußen die schwierigsten sind, die wir in unserer Arbeit für unsern Bund antreffen. In den härtesten klimatischen Verhältnissen — Ostpreußen hat Jahr für Jahr die größte Arbeitslosigkeit! — kommen noch die schlechtesten Verhältnisse, die die persönlichen Beziehungen des Funktionärs zu den einzelnen Mitgliedern sehr erschweren. Es ist deshalb eine um so größere Freude, sagen zu können, daß in den Verhältnissen — die zwar zahlenmäßig nicht stark, aber verhältnismäßig gut, teilweise sehr gut bedacht waren — stets gutler und kameradschaftlicher Gewerkschaftsgeist herrschte.

Mit diesem Empfinden nahm ich Abschied von unsern ostpreußischen Kollegen, mit dem frohwegigen Gefühl, das uns für unsere Weiterarbeit jene Kraft verleiht, die in uns die Überzeugung stärkt, daß die Sache, für die wir alle kämpfen, eine große Sache ist, und darum liegen wird!

und hängen haben. Somit das Junkertum noch Einfluß ausübt, kommt es von Wirtschaftlichen her. Auch dieser Einfluß wird schwächer werden in dem Maße, in dem es der Arbeiterschaft gelingt, mehr Macht im Staat und damit mehr Einfluß in der Wirtschaft zu gewinnen.

In dieser Hinsicht steht die ostpreußische Arbeiterschaft erfreulicherweise nicht an letzter Stelle in Deutschland. Bei der letzten Reichstagswahl wurden in Ostpreußen für die Sozialdemokratie 263 686 Stimmen abgegeben. 1924 waren es 156 124. Also ein erfreulicher Zuwachs. Die Kommunisten erhielten 1928 94 236 gegen 119 183 Stimmen im Jahre 1924. Immerhin sind die Deutschnationalen mit 309 000 Stimmen noch die stärkste Partei. — Neben diesem parteipolitischen Bild, noch ein kuriozes. Wenn die ostpreußischen Kommunisten ihre Spezialität haben, warum sollen dann die Kommunisten zurückbleiben. Die „Leninistische Opposition der KPD Ostpreußens“ verbreitete in den Tagen meiner Anwesenheit ein Flugblatt, in dem entgegen der Forderung im KPD-Panzerkreuzer Volksbegehren, diese Forderung aufgestellt wird: „Bau von Panzerkreuzern! Bau einer ganzen Panzerflotte!“

„Jeder deutsche Panzerkreuzer, der vom Stapel läuft, ist ein starker Schutzwall für die bedrohte Sowjetunion! Die „große Flotte“ der Dames-Kolonie Deutschland wird ein! Die „rote Flotte“ der Sowjetrepublik Deutschland sein! — Je mehr Reichs-Marine-Goldaten, desto mehr rote Matrosen bereit! Je mehr Reichs-wehr-Offiziere — desto mehr Militärspzialisten stehen uns im Sowjetdeutschland der Zukunft zur Verfügung!“ — Und dann wird „allen lenintreuen Parteigenossen“ zugerufen: „Schluß mit dem Volkstentzweid-Hokusokus! Schluß mit der Tölpelmann-Einheitsfront, mit den pazifistischen Goldfischen! Zurück zur alten kalten leninistischen Linie! Denkt an 1921! Denkt an Schlageter! Denkt an das Bündnis mit Kemal Paschas Angora-Faschisten! An die Arbeit für die Schaffung einer starken deutschen Wehr-

mes vom bald nur und schen- alle, rtsen, los-ber- t, die igen ber- zu ates hes, der ngsg- Die den die ilt. ein weis und riege lage rium dem das der tittel des und in om Für- ank- all- östik eiter- men beifer- berbe- des Inter- auf gleich- die müße her- e n- bände die eng licher brung Die- weis- iteren Kamp- strafe- strafs- u. a. Vor- und Kraft was an- Rechte e der stehen k- per- lution in ja teil- drängt sichern Fall- tro; Glau- hätt- Man reuhen olen deutsche hki — So ghtig- is soll Offizi- gemein en, wo die Steuer- teilung n wer- dreuzf- i auch die schle- gemein n nach- die- einung auf sich hbaus, an der



# Für Heim und Familie

## Vor 10 Jahren. — Die Republik wird ausgerufen.

In Carl Reißners Verlag in Dresden erscheinen die Memoiren Scheidemanns. Aus den uns freundlichst zur Verfügung gestellten Aushangebogen geben wir ein besonders interessantes Kapitel wieder:

Am 9. November 1918 glied der Reichstag schon in den Morgenstunden einem großen Heerlager. Arbeiter und Soldaten gingen ein und aus. Viele trugen Waffen. Mit Ebert, der nun auch aus der Reichskanzlei in den Reichstag gekommen war, und andern Freunden saß ich hungrig im Speisesaal. Es gab wieder nur eine dünne Wasserluppe. Da stürmte ein Haufen von Arbeitern und Soldaten in den Saal, gerade auf unsern Tisch zu.

Fünfzig Menschen schrien zugleich: „Scheidemann, kommen Sie gleich mit!“ — „Philipp, Du mußt herankommen und reden!“

Ich wehrte ab — ach, wieviel hatte ich schon reden müssen!

„Du mußt! Du mußt, wenn Unheil verhütet werden soll!“ — „Draußen stehen Zehntausende, die verlangen, daß Sie reden.“ — „Jawohl, Scheidemann, komm! Schnell, vom Schloßbalkon aus redet Liebknecht!“

„Na, wenn schon!“

„Nein, nein, kommen Sie mit!“ — „Du mußt reden!“

„Gehende reden auf mich ein, bis ich mit ihnen ging. Die große Wandelhalle zeigte ein dramatisch bewegtes Bild. Gewehre waren in Pyramiden zusammengestellt. Vom Hofe herauf hörte man Pierpfeitrammel und Gewehrer. In der Halle schienen tausend durcheinanderlagende Menschen gleichzeitig zu reden — und zu schreien.“

Wir gingen eiligen Schrittes dem Lesesaal zu. Von einem Fenster aus wollte ich zu den Massen sprechen.

Links und rechts von mir redeten meine Begleiter auf mich ein, um mich über die Vorgänge auf der Straße zu unterrichten. Zwischen dem Schloß und dem Reichstag, so wurde berichtet, bewegten sich ungeheure Menschenmassen hin und her.

„Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen!“

„Nun sah ich die Situation klar vor Augen. Ich kannte keine Forderung: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“

Deutschland also eine russische Provinz, eine Sowjet-Filiale? Nein, Laufendmal kein!

„Kein Zweifel: Wer jetzt die Massen vom Schloß her „sozialdemokratisch“ oder vom Reichstag zum Schloß hin „sozialdemokratisch“ in Bewegung bringt, der hat geliegt!“

Ich sah den russischen Wahnsinn vor mir, die Ablösung der zaristischen Schreckensherrschaft durch die bolschewistische. „Nein! Nein! Nur nicht auch das noch in Deutschland nach all dem andern Elend!“

Schon stand ich im Fenster. Viele Tausende von Armen reckten sich, um Hilfe und Mitleid zu schenken. Mächtig hallten die Zurufe der Massen mir entgegen. Dann wurde es still.

Ich sprach nur wenige Sätze, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

(Es folgt die Wiedergabe der Rede, die folgendermaßen schloß):

„Der Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Brot und Arbeit.“

„Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewußt. Unerhörtes ist geschehen. Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor.“

„Alles für das Volk, alles durch das Volk! Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Ehre gereicht.“

„Seid einig, treu und pfllichtbewußt!“

„Das Alle und Nichts, die Monarchie ist zusammengebrochen! Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!“

„Neue Erzählungen von Jack London.“

Die unermüdete Phantasie des abenteuerlichen Jack London beschränkt sich nicht auf Spaziergänge in der Nachbarschaft der Erlebniswelt. Dieser beweglichste aller gegenwärtigen Erzähler, der es sich hätte leisten können, lediglich in den Notizen seiner unerschöpflichen Erinnerungen zu lästern, hatte eine Phantasie, die mit bezaubernder Selbstverständlichkeit in die Rebellbezirke der Abnungen vordringt. Der neue Band der hervorragend ausgestatteten Jack London-Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg, je Band 3 Mk., der unter dem Titel der ersten Erzählung „Der rote“ sechs Novellen Jack Londons umfaßt (erschienen im Universitäts-Verlag, Berlin, Volksausgabe in der Büchergilde Gutenberg, Berlin, nur für Mitglieder), zeigt den Meister der großen spannenden Romane auch als unübertrefflichen Erzähler kürzerer Geschichten, und gleich die Titelnovelle läßt in die hellste Welt der Dichtung und Wahrheit blicken, die das Geheimnis der großen Erfolge Jack Londons ist.

Auf jeder Seite dieses Buches häufen sich Gescheltnisse. Immer wieder tauchen neue Gestalten, neue Landschaften auf. Gewaltige Naturereignisse brechen herein, starke Persönlichkeiten greifen dem Schicksal in den Rücken, und der Rhythmus des großen Spiels von Werden und Vergehen ist auch in der kleinsten Episode zu spüren. Wir erleben, wie ein Forscher alle Widerwärtigkeiten einer hoffnungslosen Oefangenschaft bei den Wüchsmännern auf der Insel Wadballanal auf sich nimmt, und die rätselvolle Stimme des Dschungels aus der Nähe zu hören, und der die Ehrgabe des Geheimnisses mit dem Preis seines Lebens erkaufte. Wir leben einen alten Goldlüber noch einmal nach dem Land seiner Sehnsucht losmarschieren, einen Helden von antiker Größe, einen Argonauten, den das Goldene Vlies von Klondike lockt und der es findet, „zum Scheren bereit“. Zwischen einer Geschichte aus Ecuador, in der die Liebe und ein sagenhaft großer Goldklumpen die Hauptrolle spielen, und einer phantastischen Novelle, die erst Mitte dieses Jahrhunderts Wahrheit werden kann, finden wir die

schönste Erzählung dieses Buches: Drei Entgleiste, vom Schicksal Verstümmelte treffen sich am „Landstreichergehölg“ und wühlen in ihren Erinnerungen von Frauen, Abenteuern in der Südsee, Glück und Verhängnis. Diese Geschichte zählt zu den lebendigsten Erzählungen Jack Londons. Die heidenhafte Figur einer Frau, die mit hartem Kopf gegen alle Welt anrennt, steht am Ende dieses Buches, das Jack Londons literarische Bedeutung unterstreichen könnte, wenn es überhaupt möglich wäre, zu Jack Londons Welttraum noch ein Wort des Lobes hinzuzufügen. Die Mitgliedschaft zur Büchergilde Gutenberg kann jederzeit erworben werden durch 75 Mk. Eintrittsgeld und 50 Mk. bis 150 Mk. Monatsbeitrag. Dafür wird aller 3 Monate ein vorzüglich ausgestattetes Buch geliefert. Man wende sich an die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW. 61, Dreißtundstr. 3.

### Ich gehe zum Arzt.

Ich fühle mich heute furchtbar elend. Kopfschmerzen hatte ich, daß ich glaube, das Weltende wäre da. Im Rücken hatte ich ein Stechen, als würden 20 Stifte aller 2 Minuten mich durchbohren, so sehr juckte mich mein Fell. Auf der Brust hatte ich Krämpfe.

Da ich in der D.R.K. bin, wie man im Zeichen der Zelegramme zur Ortskrankenkasse sagt, ging ich zu einem sehr vornehmen Arzt, der zwei Sprechzimmer hat. Eines für die Privatpatienten, das sind solche, die besonders große Rechnungen bekommen. In diesem Wartezimmer ist alles sehr vornehm eingerichtet. Perseerteppiche (wie echt imitiert) aus Dürren im Rheinland liegen auf dem Fußboden. Alle Deigemälde zieren die Wand. Auch solche der neuesten Richtung, die aber alle verkehrt aufgehängt sind, was aber noch nie jemand bemerkt hat. Klubstiesel sind da. Die neuesten Mode- und Sportzeitschriften.



Wenn die abgegriffen und schmujig sind, kommen sie in das Wartezimmer für die Okakaleute, was (siehe oben) keine wilden Ofsafrikaner und keine Menschenfresser sind, sondern Leute, die jede Woche oder jeden Monat als Beitrag für die Okaka verschiedene Mark abgegeben bekommen, und denen der Arzt nicht solche großen Rechnungen schreiben kann wie den Leuten, die im Privatwartzimmer sitzen.

Da ich so klag bin und furchtbare Schmerzen im Kopf, Rücken, Brust und Bauch hatte und auf dem linken Fuß hinkte und schnell drankommen wollte, hatte ich meinen besten Sonntagssanzug, wie nach Maß gearbeitet, von der Stange herunter, angezogen, meinen letzten, sauberen Steh- umlegekragen um den Hals geknüpft, bin zum Arzt gegangen, habe geklingelt und dem Mädchen, das mir öffnete, schnell und energig gesagt: „Bitte . . . privat!“

Und richtig hat sie mich in das vornehme Privatwartzimmer geführt.

Beim Vorbeigehen an dem Okaka-Wartzimmer sah ich, daß wohl 40 Leute darin saßen. Einige hatten sich einen Spirituskocher mitgebracht, um sich ihr Mittagessen zu kochen. Sie saßen auch schon seit 8 Uhr früh da, und es war bereits nachmittags 4 Uhr. Also eine sehr berechtigte Maßnahme.

Sie mußten auch so lange warten, weil der Herr Doktor mehrere Male zu Privatpatienten gerufen wurde. So zu Frau Kommerzienrat Meyer (der besten Kundin von Herrn Doktor), die Migräne hatte. Von der Migräne der Frau Kommerzienrat hatte sich der Herr Doktor seinen 40 P.S.-Daimler kaufen können.

Da mußten die 40 Leute der Okaka schon warten. Im Privatwartzimmer war ich ganz allein. Ich wollte mich eben niederlegen, da kam schon der Herr Doktor, machte eine tiefe Verbeugung, öffnete mir die Tür zu seinem Ordinationszimmer und fragte feinsinnig, was mir fehle.

Ich sagte ihm und zeigte ihm jede Stelle, die mir wehe tat. Und er unterfuhrte mich so gründlich, daß das Klopfen und Aushorchen über eine Stunde dauerte. Mich dauerten nur die armen 40 Okaka-Leute dräben im primitiven Wartezimmer.

Dann gab mir der Herr Doktor einen langen Zettel mit vielen Arzneien, die ich in der Apotheke kaufen sollte, riet mir an, ja dieses Jahr zur Erholung nach Scheveningen ins Seebad zu gehen. Im Palasthotel wohne man glänzend. Zur 40 Mk. würde es am Tag mit Pension kosten. Ich rechnete still für mich nach, ob das ginge, bei 150 Mk. monatlichem Einkommen.

Als ich mich wieder angezogen hatte, verlangte der Herr Doktor 50 Mk. für die Untersuchung.

Ich zog meinen Schein von der Ortskrankenkasse hervor. Ich habe schon viel Leute in Wut gesehen. Ihr Gesicht wurde rot wie ein gekochter Krebs. Ihre Stimme überlag sich.

Aber so was von Wut wie beim vorher so freundlichen Herrn Doktor habe ich noch nicht gesehen.

Erst glaube ich, er bekomme einen Erstickungsanfall, und wollte schon einen andern Doktor, einen Kollegen, zu

Hilfe herbeitelephonieren. Er wollte mir nämlich etwas sagen, brachte aber kein Wort heraus. Ich diagnostizierte auf Lungenblutung, so sehr verärbte sich der liebe Herr Doktor. Ich wollte ihm, wie man es bei Kindern tut, wenn sie Keuchhusten haben, zu seiner Erleichterung auf den Rücken klopfen.

Da kam ich aber schon an.



Der vorher so liebenswürdige Herr Doktor bogte mir eine vor die Brust, daß ich gegen die Tür flog.

Dabei scheint es ihm wieder besser geworden zu sein. Er sand sogar die Sprache wieder. Aber was für eine Sprache. So laut hat nie ein Caruso gesungen, wie der Herr Doktor brüllte. Es klang wie ein Wagner-Abend im Radio, wenn 25 Rückkoppler dazwischenfunken.

„So eine Gemeinheit, so eine Hofkapelle ist mir noch nicht vorgekommen!“ schrie der Herr Doktor.

Und damit packte er mich und warf mich aus dem Ordinationszimmer hinaus.

Er rief mir noch nach: „Okakaleute in meinem Wartezimmer für vornehme Leute.“

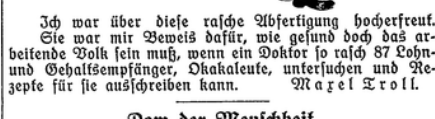
Als ich über den Gang wankte und hinkte, hatten die Okakaleute das Wartezimmer geöffnet. Es waren mittlerweile nach meiner Schätzung 90 geworden. Mindestens 40 standen Spalier auf dem Gang, um mich Spießruten laufen zu lassen.

Um mich von dem Schreck zu erholen, ging ich in ein gegenüberliegendes Café.

Ich wollte sehen, wie lange der Herr Doktor zur Unterfuchung der 90 Okakaleute brauche.

Es war gerade ein Viertel nach fünf Uhr nachmittags, da ich mir den Kaffee bestellte. Ich zog ein Blatt Papier heraus und machte jedesmal einen Strich, wenn ein Okakamann oder eine Okakafrau aus der Villa des Herrn Doktors auf die Straße trat.

Um 7 Uhr hatte ich 87 Unterfuchungen konstatiert.



Ich war über diese rasche Abfertigung hocherfreut. Sie war mir Beweis dafür, wie gesund doch das arbeitende Volk sein muß, wenn ein Doktor so rasch 87 Lohn- und Gehaltsempfänger, Okakaleute, unterfuchen und Rezepte für sie aus schreiben kann. **Magel Troll.**

### Dom der Menschheit.

Goethes Gedichte waren immer aus irgendeinem persönlichen Erleben heraus geboren. Darum hatten sie für viele etwas Dunkles, und man machte dem Dichter schon zu Lebzeiten den Vorwurf des Geheimnisses und der Undurchdringlichkeit.

Demgegenüber antwortete Goethe mit einem Gedicht. Er schrieb:

Gedichte sind gemalte Fensterstübeiben! Sieht man vom Markt in die Kirche hinein, Da ist alles dunkel und düster; Doch kommt nur einmal herein! Begrüßt die heilige Kapelle! Da ist's auf einmal farbig hell, Gesicht' und Bierat glänzt in Schnelle, Bedeutend wirkt ein edler Schein . . .

So ist es auch mit dem Schaffen und Gestalten des Volkes und mit seinem Wollen und Glauben.

So viele verstehen das Volk nicht. Sie halten das Volk für nichts als eine begehrlche Masse ohne Idealismus und großes Lebensziel. Sie betrachten das Volk von außen. Sie vergleichen es mit ihrem eigenen Wesen. Sie blicken getrennt, von sich aus, dem Volk fremden, ins Volk, und da sehen sie „alles dunkel und düster“.

Doch: „Kommt nur einmal herein!“ Lernt das Volk einmal kennen! Werdet selbst Volk! Habt einmal teil an diesem Menschlichen, das das Volk schließlich nur will! Und ihr fühlt, daß ihr in einem Dome weilet, wo der Glaube glüht und das Feuer eines starken fittlichen Wollens und das Erleben eines großen, siegfähigen Zieles.

Und ihr blickt dann anders aus diesem Dome hinaus in die Welt. Ihr seht anders, so ganz anders.

### Beizprechung über das Schlichtungswesen im Reichsarbeitsministerium.

Die seit Monaten angekündigte Beizprechung des Reichsarbeitsministers mit den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden ist am 18. Oktober abgehalten worden. Umlauf zu dieser Beizprechung haben die vielen Kritiken gegeben, die seit Jahren gegen das Schlichtungswesen und insbesondere gegen die Verbindlichkeitsklärung gerichtet worden sind. Der Reichsarbeitsminister wollte aus dem Munde der Vertreter der beiden Vereinigungen hören, wie sie sich grundsätzlich zum Schlichtungswesen und der Verbindlichkeitsklärung stellen.

Zu der Aussprache hatten sämtliche Spitzenorganisationen Vertreter entsandt, insbesondere waren die Vertreter der Spitzenorganisationen der Unternehmer überaus zahlreich erschienen. — Der Sprecher der Unternehmerverbände betonte, die deutschen Unternehmerverbände seien durchaus bereit, mit den Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen, sie seien auch bereit zu ernsthaften verantwortungsvollen Verhandlungen über den Abschluß von Tarifverträgen. Jedoch gegen die Unternehmerverbände großen Wert darauf, daß die Tarifverträge nur in freien Verhandlungen abgeschlossen werden. Die Verbindlichkeitsklärung, also der staatliche Zwang, sei dem Verantwortungsgesühl beider Parteien besonders aber den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, überaus abträglich.

Von den Vertretern sämtlicher Spitzenorganisationen der Gewerkschaften wurde übereinstimmend betont, daß auch sie die freien Verhandlungen durchaus dem staatlichen Eingreifen und der Verbindlichkeitsklärung vorgehen. Die tatsächlichen Erfahrungen hätten jedoch ergeben, daß das Verantwortungsgesühl und die Verhandlungsbereitschaft der Unternehmerverbände durchaus noch nicht so weit gediehen sei, daß man auf die Mitwirkung des Staates beim Abschluß von Tarifverträgen und auf die Verbindlichkeitsklärung verzichten könne. Die staatspolitische Seite der Verbindlichkeitsklärung wurde von den Gewerkschaften nicht angegriffen. Es wurde vielmehr betont, daß das Schlichtungswesen und die Verbindlichkeitsklärung den Parteien genügend Freiheit für die Durchsetzung ihrer Forderungen lassen müsse. Der Staat dürfe, soweit nicht dringende Interessen des Allgemeinwohls dies erfordern, in die Maßnahmen und die Arbeitskämpfe zwischen starken Gegnern nicht eingreifen. Dagegen müsse die Verbindlichkeitsklärung noch wie vor in allen den Fällen ausgesprochen werden, wo sie aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig ist. Was in diesem Sinne „notwendig“ bedeute lasse sich keineswegs schematisch abgrenzen, weil diese Notwendigkeit sich eben nur aus den Erfordernissen des Wirtschafts- und Arbeitslebens ergebe. Dagegen müsse die Verbindlichkeitsklärung insbesondere dann ausgesprochen werden, wenn etwa Unternehmerverbände sich grundsätzlich überhaupt gegen den Abschluß von Tarifverträgen wenden oder dann, wenn sozial schwache Gruppen außerstande sind, durch Arbeitskämpfe den Widerstand der Unternehmerverbände zu brechen.

Reichsarbeitsminister Wißell stellte am Schluß der Aussprache zusammenfassend fest, daß weder die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften noch die der Unternehmer grundsätzlich die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärung verlangen. Um den berechtigten Wünschen der Parteien nach weitestgehender Freiheit beim Abschluß von Tarifverträgen entgegenzukommen und um das Verantwortungsgesühl beider Parteien zu stärken, sei es notwendig, die Schlichtungsverordnung strenger als bisher durchzuführen. Das solle in der Hauptsache nach folgenden Grundzügen geschehen: 1. Die Weisungen sollen die Parteien weitgehend bei der Vereinbarung tatsächlicher Schlichtungsinstanzen unterstützen. Die Weisungen sollen das tarifliche Schlichtungswesen fördern. 2. Ein Schlichtungsverfahren auf Antrag einer Partei soll erst eingeleitet werden, wenn die antwortgebende Partei vorher den ernsthaften Versuch unternommen hat, Verhandlungen über den freiwilligen Abschluß eines Tarifvertrages mit der Gegenpartei durchzuführen, dieser Versuch jedoch entweder infolge Nicht-einigung der Parteien oder infolge des grundsätzlichen Widerstandes der anderen Partei gescheitert ist. 3. Die Einleitung eines beantragten Schlichtungsverfahrens soll mit eingehenden und ernsthaften Einigungsverhandlungen vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses oder dem Schlichter beginnen. 4. Mit der Einladung der Parteien zu diesen Einigungsverhandlungen soll nicht gleichzeitig die Einladung zu den eigentlichen Schlichtungsverhandlungen vor der Kammer verbunden werden. Vielmehr soll erst nach Scheitern der Einigungsverhandlungen der Termin für die Kammerverhandlungen bestimmt werden, der in der Regel ein bis zwei Tage später festgelegt werden soll, um den Parteien nochmals Gelegenheit zu geben, sich etwa in freien Verhandlungen zu verständigen und um dem Schlichtungsausschuss vorzulegen oder dem Schlichter die Möglichkeit zu geben, sich eingehend mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Berufe beziehungsweise Industriezweige, in denen der Streit entstanden ist, zu befassen. 5. Bei der Bildung der Schlichtungskammer oder der Schlichterkammer sollen die Schlichtungsausschussvorsitzenden und die Schlichter darauf hinwirken, daß die Beiznehmer nicht oder wenigstens nicht ausschließlich aus dem Personenkreis entnommen werden, der mit der Führung des ausgedehnten Interessententretes selbst betraut ist. Vielmehr soll wieder größerer Wert darauf gelegt werden, daß als Beiznehmer Personen von Unternehmerseite und von Arbeiterseite mitwirken, die an dem unmittelbaren Interessententretis unbetätigt sind, aber Verantwortungsgesühl besitzen und große Kenntnisse des Wirtschafts- und Arbeitslebens haben. Insbesondere sei es zu begründen, wenn man als Beiznehmer Vertreter der beiden Spitzenorganisationen hinzuziehen würde. 6. Die Einleitung eines Verfahrens über die Verbindlichkeitsklärung eines Schlichterspruches soll regelmäßig nur auf Antrag einer Partei geschehen, um zu erreichen, daß mindestens diese eine Partei die Verbindlichkeitsklärung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen von vornherein will. 7. Die Einleitung eines Verfahrens über die Verbindlichkeitsklärung

von Amts wegen soll dagegen nur bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses geschehen. Hier sollen sich die Schlichtungsinstanzen weitgehende Zurückhaltung auferlegen und nur dann eingreifen, wenn wichtige Allgemeininteressen gefährdet sind oder wenn die Streitparteien sich derart in ihren Kampf festgeheben haben, daß nicht damit zu rechnen ist, daß sie ihn vor der endgültigen Niederlage des einen oder andern Teils oder sogar beider Parteien beenden werden.

### Wertwürdige Praktiken einer Berufsgenossenschaft.

Die Gesetzgeber und alle Versicherer sind meistens der Meinung, daß die deutsche Sozialversicherung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeitenden sowohl in schadenverhütender als auch in schadenvermindernder Hinsicht, geschaffen worden ist. Während die Versicherungsnehmer, in deren Verwaltung die Versicherten maßgebend beteiligt sind, diese Aufgaben auch mit allen Mitteln zu lösen versuchen, gibt es eine ganze Anzahl von Berufsgenossenschaften, denen man die Tugend der Leistungsfreiheit nicht gerade nachsagen kann. Während sich der Verkehr zwischen den Orts- und auch den Landkrankenkassen und den Versicherern — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — reibungslos vollzieht, müssen bei anderen Berufsgenossenschaften die Versicherten um ihr Recht und die ihnen zuzehörenden Leistungen oft mühsam ringen. Vor allen Dingen ist es die reichsgesellschaftliche Unfallversicherung, die hier immer wieder zu Klagen und Auseinandersetzungen Anlaß gibt. Mit Ausnahme ganz weniger Berufsgenossenschaften sind die Träger der Unfallversicherung, alles andere als sozial eingestuft. Wohl jeder Versicherte, der das Pech hatte, die Leistungen der Unfallversicherung in Anspruch nehmen zu müssen, wird ein Liebchen von dem „Kampf um die Unfallrente“ singen können. Es ist leider unumstößliche Tatsache, daß erst dann in den meisten Fällen eine Rentengewährung eintritt, wenn sie absolut nicht zu umgehen ist. Während beispielsweise, dem Träger der Krankenversicherung ihre Ehre darin liegen, dem Versicherten möglichst ausreichend zu helfen, ist es bei der Unfallversicherung zur Regel geworden, erst dann eine Rente zu gewähren, wenn die Berufsgenossenschaft von der Aufsichts- und Rechtsprechungsbehörde dazu gezwungen ist. Da auch die Oberversicherungsämter sehr oft die Not der Unfallverletzten nicht verstehen können, sieht es für die Versicherten sehr schlecht aus. Ebenso langsam, wie die Berufsgenossenschaften bei der Gewährung von Renten sind, so schnell sind sie aber bei der Streikung oder der Entziehung der Renten. Was hier alles für Mittel angewendet werden, davon macht sich der Versicherte gar keine Vorstellung.

Das Reichsversicherungsamt als oberste Spruchbehörde der Sozialversicherung hatte sich kürzlich mit folgender Sache zu beschäftigen: Die Sektion einer Berufsgenossenschaft hatte in ihrem Geschäftsbericht die Namen sämtlicher Unfallrentenempfänger und den Prozentsatz ihrer Rente angegeben und die Unternehmer aufgefordert, „die Rentenempfänger der Genossenschaft zu bezeichnen, bei denen die Rente zu hoch erscheine.“ — Deutlicher und krasser kann die Einstellung der Berufsgenossenschaften wohl nicht sein. Die Unternehmer werden also ganz offen aufgefordert (die Geschäftsberichte bekommt jeder Unternehmer zugefickt), die armen Schlichter, die mit viel Mühe und Not Arbeit gefunden haben, der Berufsgenossenschaft zu denunzieren. Die Genossenschaft wird dann selbstverständlich nach „eingehener Untersuchung durch ihre Vertrauensärzte“ in diesen Fällen eine Rentenrückzahlung oder gar eine Rentenentziehung vornehmen. Leider ist in der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes der Name der Berufsgenossenschaft nicht genannt. Die Entscheidung der Behörde selbst verständlich dahin, daß dies Vorgehen zu Bedenken Anlaß gibt. In allen noch vorhandenen Druckstücken des Berichts müssen die betr. Angaben gestrichen werden. Weiter heißt es in dem Urteil sehr schön: „Den Arbeitgebern, die den Bericht bereits erhalten haben, wird nahegelegt sein, den Bericht so zu verfahren, daß er unbenutzbar (wer ist das?) nicht zugänglich ist.“ Es ist dies fährbar ein salomonisches Urteil. Ihren Zweck hat die Genossenschaft jedenfalls erreicht. Die Unternehmer können an Hand der Liste mit Leichtigkeit feststellen, welche ihrer Arbeiter Rentenempfänger sind. Was die Unternehmer gern der Aufforderung nachkommen, ist selbstverständlich. Sie haben doch als Beitragszahler das größte Interesse daran, daß die Ausgaben der Versicherung durch Rentenrückzahlungen möglichst niedrig werden.

Solange die Arbeiter in der Unfallversicherung keine Rechte haben und an der Verwaltung nicht beteiligt sind, wird dieser Rentenkampf mit allen den unliebsamen und aller Beschreibung spottenden Erscheinungen und Folgerungen nicht aufhören. Es wird erst dann anders werden, wenn genau wie in der Krankenversicherung die Versicherten mitzubestimmen haben. Die Berufsgenossenschaften dürfen auf keinen Fall länger reine Unternehmervereinigungen sein und bleiben!

### Aus der Sozialgesetzgebung

Neuregelung für „berufsübliche“ Arbeitslosigkeit. Die viel erörterte Frage des Unterstützungsbezugs der Saisonarbeiter, der sogenannten berufsüblich Arbeitslosen, ist vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt in seiner Sitzung vom 23. Oktober neu geregelt worden. Es handelte sich darum, die starke Belastung der Arbeitslosenversicherung durch den winterlichen Zustrom aus den hausgewerblichen Berufen, aus der Landwirtschaft, dem Verkehrsgewerbe und ähnlich stark durch die Saison beeinflussten Berufen in einer Weise einzuschränken, die sich nicht als unerträgliche Härte für die betroffenen Berufsgruppen auswirkt. Der im vorigen Winter beschrittene Weg einer Verlängerung der Wartezeit auf zwei bis drei Wochen hatte sich nicht als gangbar erwiesen, und ist besonders von den Bauarbeiterverbänden scharf abgelehnt worden. Die Gewerkschaften haben sich daher den Vor-

schlägen der Reichsanstalt, die auch jetzt auf eine weitgehende Verlängerung der Wartezeit hinstreben, widersetzt. Sie haben sich dagegen abfinden müssen mit dem zweiten Vorschlag der Reichsanstalt, der von der andern im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit zur Entlastung der Reichsanstalt von der berufsüblichen Arbeitslosigkeit ausging, nämlich dem Vorschlag einer Verkürzung der Wartezeit. Jedoch gelang es auch hier, die ursprünglichen Vorschläge bedeutend zu verbessern und die größtmögliche Verknüpfung der Wartezeit mit dem Verwaltungsstat beschlossene Verordnung sieht vor, daß von den Landesarbeitsämtern eine bestimmte Kalenderzeit im Jahre als Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit anzuerkennen ist. Als Höchstfrist sind vier Monate bestimmt. Für die Winterberufe, für die die Regelung hauptsächlich in Frage kommt und die in einem besonderen Katalog aufgezählt werden sollen, können die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter eine Frist von 3 bis 4 Monaten festsetzen, normalerweise in der Zeit zwischen dem 1. Dezember und 31. März, ohne jedoch an diese Termine gebunden zu sein. Während dieser Zeit beträgt die Wartezeit für die aufgezählten Berufe wie für alle andern sieben Tage, soweit nicht nach § 110 Abs. 2 SGBVO die Wartezeit überhaupt wegfällt. Der dann eintretende Unterfertigungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung ist jedoch während der festgesetzten Frist auf sechs Wochen beschränkt und kann erst fortgesetzt werden, wenn die Frist abgelaufen ist. In der Zwischenzeit werden alle bedürftigen Arbeitslosen aus einer Sonderfürsorge unterstellt, die nach den Grundzügen der Arbeitslosenversicherung aufgebaut ist und aus Reichsmitteln, evtl. mit einer geringen Beihilfe der Reichsanstalt, finanziert werden soll. Dieser Unterfertigungsbezug aus der Sonderfürsorge wird in seiner Dauer auf den Bezug der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterfertigung nur zur Hälfte angerechnet. Es würde sich z. B. folgendes ergeben: Angenommen, berufsübliche Arbeitslosigkeit ist für das Baugewerbe anerkannt für die Zeit vom 1. Dezember bis zum 1. März. Der Bauarbeiter, der am 15. Dezember arbeitslos wird, hat nun zunächst eine sieben-tägige Wartezeit durchzumachen bis zum 22. Dezember, erhält ab dann sechs Wochen Unterfertigung, also bis Anfang Februar. Für die weiteren vier Wochen bis zum 1. März erhält er, soweit er bedürftig ist, Sonderunterfertigung. Wenn er am 1. März immer noch arbeitslos ist, so kann er nunmehr wieder seinen Versicherungsanspruch geltend machen, nun zwar, da er sechs Wochen versicherungsmäßige Unterfertigung bereits bezogen hat und von den vier Wochen Sonderunterfertigung nur die Hälfte, also zwei Wochen, angerechnet werden, noch für die Dauer von 26 — 3 Wochen = 18 Wochen. Hätte er keine Sonderunterfertigung während des Monats Februar bekommen, so hätte er noch den Anspruch auf versicherungsmäßige Unterfertigung in Höhe von 20 Wochen. — Die Bedürftigkeit soll, wie in der Arbeitslosenversicherung, geprüft werden, wobei zu erwähnen ist, daß zur Zeit über eine Reihe Verbesserungen der Bedürftigkeitsprüfung beraten wird. — Die neue Regelung ist im wesentlichen eine Verchiebung der finanziellen Lasten auf das Reich. Von der Verkürzung der Wartezeit werden hauptsächlich die Arbeitslosen betroffen werden, die wegen eigener Einnahmen, wegen landwirtschaftlichen Besitzes oder sonstiger eigener Erwerbserwerbungen als nicht bedürftig anerkannt werden. Da nunmehr ein Teil der winterlichen Arbeitslosigkeit aus Reichsmitteln gedeckt wird, hofft man, die finanzielle Selbständigkeit der Reichsanstalt zu erhalten. Im übrigen kann die Verordnung erst in Kraft treten, wenn die abgelaufenen Sonderfürsorge durch das Reich eingeführt worden ist. Hierzu bedarf es eines besonderen Reichsgesetzes, das der Reichstag nach seinem Zusammentritt verabschieden muß. Laut Beschluss des Verwaltungsrats ist der Präsident der Reichsanstalt erst dann ermächtigt, die Verordnung zu verkünden, wenn der Reichstag das entsprechende Gesetz über die Sonderfürsorge beschlossen hat.

### Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Geipert sind in Württemberg das Baugeschäft Strömen, in Delmenhorst die Baustelle z. Mählert und in Segeberg die Firmen Meyer und Südbrodt. Geipert sind die Abbrucharbeiter der Firma Holländer aus Laaben an der Pulverfabrik Treisdorf bei Bonn. Baugeschäft Embden: Geipert sind die Firmen Pauk und Buschmann in Dinschede, Kr. Weener. (Sollhausbau) wegen Nichtzahlung der Tarifhöhe.

Gleisenleger: Zug nach Rostock ist ferngehalten.

Tabak: In Zeitz sind die Denselgeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hönricke und Emil Böhme geipert.

Stukkateure und Puger: In Weimar ist die Firma Scheibe geipert.

Terrazzoarbeiter: Westreit wird in Halle.

Halle. (Streik der Terrazzoarbeiter) Die Terrazzoarbeiter in Halle waren immer ein unruhiges Volk. Leider hatte der gewerkschaftliche Gedanke wenig Wurzel gefaßt; die pendelten meistens von einer Organisation zur andern. Einige gehörten kurze Zeit dem Bauarbeiterverband an, und verließen dann zum Teil ihr Heil beim Steinarbeiterverband, andere blieben indifferent. Einflüchtige Kollegen erkannten, daß es nicht so weitergehen könne und schlossen sich 1927 wieder dem Baugewerksbund an. Um die Lohnverhältnisse in gerechtes Bahnen zu bringen, wurden Forderungen eingereicht, worauf mit der Vereinarbeitung vom 23. September 1927 gerechtes Lohnverhältnis geschaffen wurden. Im Schlußjahr der Vereinarbeitung war festgelegt, daß künftige Lohnbewegungen der Bauarbeiter aus für die Terrazzoarbeiter im gleichen Verhältnis gelten sollten. Eine Verfestigung war nicht vorgesehen. — Langsam hatte sich, von einem Teil der Kollegen bekämpft, auch die Akkordarbeit eingeführt. Am und hier Wandel zu schaffen und einheitliche Akkordpreise zu erreichen, wurden am 1. Juni 1928 Akkordlöshne vereinbart. Eine Geltungsbauer war nicht festgesetzt. Ein Unternehmer

sich später durchblicken, daß für einzelne Positionen der Akkordvereinbarung „zu hohe Preise“ gezahlt wurden, was für sie untragbar wäre. — Wie ein Blick aus bestem Sinnel traf uns dann durch die Geschäftsstelle des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe, dessen Mitglieder die Terrazzounternehmer sind, die telefonische Mitteilung, daß die Vereinbarung über Akkordarbeit, weil eine Geltungsdauer nicht festgelegt war, mit sofortiger Wirkung gekündigt sei. Auf unsern Hinweis, daß eine so rigorose Maßnahme Erregung bei den Terrazzoarbeitern auslösen müßte, wurde am 17. Oktober eine Ausprache herbeigeführt. Befragt nach dem Grund der Kündigung mit sofortiger Wirkung, erklärte ein Unternehmer, daß die Arbeiter zuviel verdienten, auch würden die Arbeiten nicht sauber ausgeführt, so daß die Auftraggeber sie nicht annehmen wollten. Wegen die Einstellung der Akkordarbeit hatten die Terrazzoarbeiter keine Einwendungen zu machen, desto mehr aber gegen die am 23. September 1927 vereinbarten Lohnsätze. Deshalb wurden den Unternehmern in der Zusammenkunft die Kündigung der Vereinbarung und zugleich neue Forderungen überreicht. Jetzt war es an den Unternehmern, lange Gespräche zu machen, denn mit diesem Gegenschlag hatten sie nicht gerechnet. Da sie meinten, an diesem Tage keine Erklärung abgeben können, wurden neue Verhandlungen auf den 24. Oktober anberaumt. — In unserer Annahme, nach sieben Tagen von den Unternehmern eine klare Antwort zu erhalten, hatten wir uns aber getäuscht. Dr. Kaiser als Syndikus des Bezirks-Arbeitgeber-Verbandes und Herr Reichardt als Vorsitzender des Unternehmerverbandes waren zum Schutze der Unternehmern erschienen. Nach fast einstündigen unfruchtbaren Bemerkungen, wünschte der Syndikus, die Terrazzoarbeiter mögen ihre Forderung begründen, was wir mit dem Hinweis zurückwiesen, daß die Unternehmer genügend Zeit zur Prüfung der Forderung gehabt hätten und wir nun ihre Meinung hören wollten. Jetzt erklärte Herr Dr. Kaiser, daß sie gewillt wären, die Vereinbarung vom 23. September 1927 durchzuführen, im übrigen könnte aber über unsere neue Forderung nicht geredet werden. — Die Terrazzoarbeiter beschloßen sich am gleichen Tage mit dem Ergebnis und beschloßen nach reiflicher Erwägung, einstimmig den Streik. Am Streik find 33 Kollegen beteiligt. Beistreit werden die Betriebe der Firmen: Henjes & Müller, Lindenbahn, Heindle, Schmidt & Richter und Reuschel & Gerlach. Zugang nach Halle ist fernzubehalten und jedes Arbeitsangebot der Firmen abzulehnen.

**Erier.** Die Unternehmer glauben, die Bauarbeiter auf dem Lande seien freiwild und maßten sich an, Löhne zu zahlen wie sie wollen. In gewissen Teilen unseres Baugewerkschaftsgebietes werden die Unternehmer von der Bauarbeiterschaft darin noch bestraft. — Der Reichsstarifvertrag und das Lohn- und Arbeitsabkommen für die Westmark sind den meisten Unternehmern „Müher mit sieben Eiegeln“ die sie einfach nicht verstehen wollen. Sie wissen und kennen nichts als bis sie vor dem Arbeitsgericht erscheinen müssen, und dann, o kindliche Naivität, kennen sie nur die Pflichten der Bauarbeiter aber nicht ihre eigenen Pflichten. Auf allen Baustellen sollten Baudelegierte über die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen wachen. Es sollen auch mit enger Verbindung mit unserer Baugewerkschaft stehen. Wenn die Unternehmer die Baudelegierten auf die Straße sehen, was verschiedentlich vorgekommen ist, so werden sie vom Arbeitsgericht gezwungen, den Kollegen für die unfreiwillige Arbeitslosigkeit den Lohn zu zahlen und die Baudelegierten wieder einzustellen. Nur so, wenn alle Bauarbeiter auf dem Lande organisiert sind, kann der Tariflohn und alle tariflichen Bestimmungen zur Anerkennung gebracht werden. Das können am besten die Tiefbaukollegen in Röhli-Sül in beistimmen. Sie haben ungefähr eine Woche um bessere Lohnbedingungen (Akkord) gestreikt. Ihr Kampf ist mit Hilfe der Gewerkschaft erfolgreich beendet worden. Vorher, als sie unorganisiert waren, wurde ihnen ein Schandlohn von 3 bis 4,50 fl für schändliche Arbeitszeit gezahlt. Der Unternehmer Lippold, Wären, sprach von Bauernburchen die mit einem Zehnjahrgeld zufrieden wären und dazu noch dankbar seien, weil er ihnen überhaupt Arbeit gebe. Unternehmerwillkür wo Unorganisierte die Baustellen besökern! Aber Ordnung und Recht dort, wo die Bauarbeiter der Gewerkschaft angeschlossen sind.

## Aus den Baugewerkschaften

**Heilbronn.** In Nummer 42 des „Grundstein“ brachten wir einen Bericht über die Verhältnisse am Neckarkanalbau in Horkheim. Der Bericht hat an maßgebender Stelle gefruchtet. Der Neckar-A.-G. hat sich zwar noch nicht geändert. Aber ist die preßgesetzliche Veröffentlichung in zwei hiesigen Tageszeitungen auf Veranlassung der N.A.G. veröffentlicht. Nun, wir fühlen uns verpflichtet, uns zu dieser Veröffentlichung zu äußern und stellen fest, daß unser Bericht gütlich mit der Veröffentlichung des Herrn Oberger, Groß übereinstimmt. Nur hat Herr Oberger es wohlweislich unterlassen, zu dem Verhalten der Firma und besonders des Baumeisters Bernhardt unter die Lupe genommen haben. Es ist Tatsache, daß die Firma vor Wochen Leute entlassen hat, heute aber wieder Hunderte einstellt. Sie laufen jedoch davon, weil eben die Arbeit dem herrschenden Antreibersystem entsprechend nicht entlohnt wird. Auch Herr Bernhardt hat mit seinem Geldsinn und seinen Kofenamen viel zu dem Fortlaufen beigetragen. Wie leicht ist den zehn bis elf Stunden Arbeitszeit? Hier mag Herr Oberger von einem unzureichend vorhandenen Arbeitsmangel zu schreiben, obwohl im Wirtschaftsgebiet Heilbronn 500 bis 600 Arbeiter stempeln. Die Arbeiter sind an die Firma als Vollständerarbeiten vergeben und wurden eine Fällung durch die produktive Erwerbslosenfürsorge bezuschußt. Bei der Firma ist aber das nackte Profitinteresse maßgebend, was sich so richtig zeigt bei der Kündigung von zwanzig Schachmeistern und Poliere auf den 1. November. In der „Veröffentlichung“ steht, die Kündigungen seien fürsorglich ausgesprochen worden unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, eventuell den Kündigungsstermin zu ver-

längern. Damit wird dem Aufsichtspersonal so recht sachte beigebracht: Wenn Du ein tüchtiger Kerl für unter Anstrengung haben, in der nächsten Jahreszeit! Werden aber Arbeiter entlassen, so hast du nicht Genehme seine Schuldigkeit getan, er kann auch gleich mitgehen. So züchtet man Schmarogertum. Es ist auch Tatsache, daß nicht nur bei Pfaffenarbeiten, sondern auch bei der Montage der Demag Wetter-Kuhr ein Arbeiter sein Bündel packen mußte. Baumeister Bernhardt hat sein Festigungsmaß nach Halle an der Saale verlegt, bis er nach Perßen reist, wo er den Perßen Kuffur lehren will. Vielleicht sagt man auch dort, der „Schreden von Raenburg“ kommt, wie es in Horkheim bei seinem Einzug geheißen hat. Es ist überhaupt ein sonderbar Ding, daß die N.A.G. nicht gegen die weitere Verwendung von Bernhardt eingetreten ist, der doch den „Dreh“ unten bei Heilberg so gut verstanden hat.

Die oben erwähnte Veröffentlichung des Herrn Groß ist inzwischen auch der Redaktion zugegangen. Der Einsender bezieht sich unmissverständlich auf § 11 des Preßgesetzes, obgleich in dem angezogenen Bericht der Name des Obergerischen Groß nicht einmal erwähnt ist. Er kann also auch nichts beibringen. In Namen der in jenem Bericht kritisierten Baufirma ist der Bericht auch nicht geschrieben, denn es fehlt der Stempel der Firma. Es ist lediglich ein persönliches Schreiben des — nicht angegriffenen — Obergerischen Oberger. Es kommt noch dazu, daß Herr Groß im wesentlichen selbst nicht in der Lage ist, das in Nummer 42 des „Grundstein“ Befragte zu widerlegen. Erhöhem soll er zu Worte kommen: „Der vertragliche Feststellungsstermin für die Stauffsee Horkheim ist der 1. Dezember 1928. In der Betriebsaufstellung vom 23. September habe ich erklärt: Es sei nicht möglich, die Arbeiten durch Verzögerung der einzelnen Schächte abzubauen. Die Natur der Arbeiten bringe es vielmehr mit sich, daß die Bauparbeiten an vielen Stellen gleichzeitig fertig würden, wodurch ein großer Teil der Belegschaft auf einmal zur Entlassung kommen würde. Nach meiner Schätzung würde dieser Zeitpunkt etwa in der zweiten Oktoberhälfte liegen. Es würden dann nur noch Nacharbeiten erforderlich, die jedoch mit dem verhältnismäßig geringen Arbeitskräfteausgang durchgeführt werden könnten. Eine Verlängerung des Bausterminals über den 1. Dezember hinaus ist nicht möglich, da die N.A.G. unbedingt auf Einhaltung des Terminals dränge. Auch die gebliebenen Dispositionen der N.A.G. seien auf diesen Termin zugeschnitten, während für das nächste Jahr nur die Mittel für den endgültigen maschinellen Ausbau usw. vorgezogen seien. Zur Erreichung des Terminals sei es notwendig, daß überall eventuell vordringend mit verlängerten Schichten gearbeitet werden müßte, um den unzureichend vorhandenen Arbeitsmangel auszugleichen. Nachdem der 1. Dezember als Feststellungsstermin der hiesigen Arbeiten festliegt, mußte selbstverständlich auch eine Einschränkung des Aufsichtspersonals erfolgen. Der Einsender verschweigt, daß diese Kündigungen vorjährlig ausgesprochen sind unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, eventuell den Kündigungsstermin befristet zu verlängern. Bei den Kleinunternehmern handelt es sich vorwiegend um Pfaffenarbeiten, also Spezialausführungen, für welche gelernte und eingearbeitete Kräfte notwendig sind. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht dulden können, wenn Arbeitskräfte, die uns zum Kanalbau von Arbeitsamt zugewiesen, und von uns mit Einstellzettel angenommen und eingeteilt sind, eigenmächtig eine andere Arbeitsstelle aufsuchen. Es muß einzig und allein unsern Gemessen überlassen werden, den Arbeitszuführenden die Beschäftigungsmöglichkeiten zuzuwiesen.“

**Helmstedt.** (Vertreterversammlung.) Im Laufe des 2. Viertels dieses Jahres beschloßen die vier Baugewerkschaften Helmstedt, Königslutter, Schöningen und Weserlingen sich zu einer Baugewerkschaft zu vereinigen und einen Kollegen als Geschäftsführer freizustellen. Dieser Beschluß wurde am 1. Juni in die Tat umgesetzt. Kollege Henniges, Helmstedt, trat darauf sein Amt als provisorischer Geschäftsführer an. Die Gesamtzahl der Mitglieder der vier Baugewerkschaften betrug bei der Zusammenlegung 722. Am 2. Schluss des 2. Viertelsjahres aber war diese Zahl auf 902 gestiegen. Am 14. Oktober wurde die erste Vertreterversammlung abgehalten. Aus dem Tätigkeitsbericht war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl am Schluss des 3. Viertelsjahres 1048 betrug. Weiter wurde berichtet, daß der Schlichtungsausschuß in 6 Fällen und das Arbeitsgericht in 10 Fällen in Anspruch genommen werden mußte. Der Erfolg der Klagen war, daß für die Kollegen eine Summe von 864,46 fl an Löhnen eingeklagt wurde. In weiteren 17 Fällen wurden durch Verhandlungen Erfolge erreicht. Auch in der Lehrlingsfrage mußte wiederholt eingegriffen werden, um die Entlohnung entsprechend dem Reichsstarifvertrag und die Vergütung für den Besuch der Fortbildungsschule zu erreichen. Die Ferienfrage wurde in mehreren Fällen ebenfalls zugunsten der Lehrlinge geregelt. Der Verichterfasser wünschte, daß die Verammlungen besser besucht werden möchten. Auch müssen auf allen Baustellen Delegierte gewählt werden. — In der Ansprache wurde die Tätigkeit der Geschäftsleitung anerkannt. — Aus dem Kassenbericht ist hervorzuheben, daß die Einnahme für die Hauptkasse 9172,52 fl und die Durchschlagsleistung je Mitglied 9,4 Vollbeiträge betrug. Die Kassenabnahme der Lokalkasse betrug mit dem übernommenen Kassenbestand von 2003,04 fl verbleibt. Die Vertreterversammlung sprach die Entlassung der Geschäftsführung aus. Zum Vorherrschen der Baugewerkschaft wurde der bisherige Obmann der Zahlstelle Helmstedt gewählt. Darauf wurde Kollege Henniges einstimmig zum endgültigen Geschäftsführer gewählt.

**Mainz.** Am 27. Oktober veranstaltete unsere Baugewerkschaft eine Familienfeier mit Ehrung der Jubilare. Aus allen Jahrestellen waren Kollegen mit ihren Angehörigen erschienen. Da Kollege Leinert durch einen Unfall am Erscheinen verhindert war, begrüßte Kollege Selter die Erschienenen, besonders aber die Jubilare sowie die Sänger des Volkschors, die Turnerinnenabteilung der Freien Turngemeinde, und den Vertreter des Ortsauschusses, Kollegen Thomas. Hierauf hielt er die Festrede. Nachdem Selter unsern verstorbenen Bezirksleiter, Kollegen Küttmann, gedacht hatte, striffte er die

mühevollen Kämpfe unserer Organisation und richtete Worte des Dankes an die Frauen, die zum Aufstieg der Arbeiterklasse mit beigetragen haben. Ganz besonders gedachte er der Jubilare und der Zeit der schweren Kämpfe im Jahre 1903 und forderte die Jugend auf, im Geist und mit der Tat den Alten zu folgen. Auch dieser wurde gedacht, die heute nicht mehr unter uns weilen. Stürmischen Beifall erntete die Frau des Kollegen Eisinger, die eine zu Herzen gehende Ansprache hielt. Sie verstand es ausgezeichnet, den Anwesenden die Bedrücknisse einer Bauarbeiterfamilie in Zeiten von Frost und Arbeitslosigkeit vor Augen zu führen. Dann wurde jedem Jubilare die Ehrenurkunde überreicht. Im Auftrage der Jubilare dankte Kollege Peter Kessel. — Der gemüthliche Teil des Programms war reichhaltig an Gesangsvorträgen, Auführungen der Turnerinnen, humoristischen Vorträgen und Ansprachen. Ein Tänzchen hielt die Kollegen mit ihren Angehörigen noch bis Schluß beisammen.

## Aus den Baugruppen

**Betonarbeiter.** Köln. Unre Fachgruppe feierte am 13. Oktober ihr fünfundsanzigjähriges Bestehen, verbunden mit der Ehrung der Kollegen, die mindestens 25 Jahre unrer Organisation angehören. Paul Sperling begrüßte die Anwesenden, die so zahlreich erschienen waren, daß der 400 Personen fassende Saal kaum ausreichte, wies sodann auf die Bedeutung der Feier hin und sprach den alten Kämpfern für die der Organisation bewährte Treue den Dank aus mit dem Wunsch, noch lange Jahre für die Organisation zu wirken. Paul überbrachte die Grüße der Baugewerkschaftsleitung und schilderte die Entwicklung der Fachgruppe. Besonders wies er auf die Kämpfe des Jahres 1910 hin, als nach 13wöchiger Ausperrung die Betonarbeiter erneut in den Kampf traten, wodurch für die gesamte Kölner Bauarbeiterschaft ein Pfennig Lohnerhöhung mehr erzielt worden ist. Er erwähnte die Kollegen, treu zu unserm Bund zu stehen und sich die alten Kämpfer als Vorbild zu nehmen. Noch ist nicht die Entwicklung im Befongewerbe abgeschlossen und die Fachgruppe werde immer wieder vor neue Aufgaben gestellt. Er schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf die Fachgruppe und den Baugewerksbund. Nachdem die Kapelle die Internationale gespielt hatte, dankte Johann Lüftgen im Namen der Jubilare für die Ehrung. Ein reichhaltiges Programm hielt die Feiernden noch lange beisammen, bis mit einem Tänzchen die Feier ihren Abschluß fand. — Es darf gesagt werden, daß die Feier das Zusammengehörigkeitsgefühl gestiftet hat. Allen Teilnehmern wird sie noch lange in Erinnerung bleiben.

## Feuerungs- und Schornsteinmaurer.

**Freiburg i. Br.** Nach monatelanger Verhandlung ist es endlich auch uns gelungen, einen Tarifvertrag abzuschließen. Es wurde vereinbart, daß vom 27. September an ein Stundenlohn von 1,28 fl gezahlt wird. Ferien werden gewährt: nach ununterbrochener halbjähriger Tätigkeit drei Tage, die sich nach jeder weiteren einjährigen Tätigkeit bis auf acht Tage steigern. Allen Arbeitern, die ununterbrochen zwölf Jahre in einem Betrieb arbeiten, werden zehn Ferientage gewährt. Auch über die Entschädigung der Lehrlinge sind Bestimmungen vereinbart worden. Die Entschädigung für Lehrlinge beträgt im ersten Halbjahr 3,50 fl und steigert sich bis zum siebten Lehrhalbjahr auf 16 fl je Woche. Die Verhandlungen gestalteten sich ziemlich schwierig. Unsere Forderungen mußten mit aller Fähigkeit vertreten und durchgekämpft werden. Wenn nicht alle unsere Wünsche erfüllt wurden, so liegt das zum Teil daran, daß auch in Baden ein Teil unserer Kollegen nicht dem Baugewerksbund angehört, infolgedessen niedrigere Löhne hat und mitschuldig ist an dem äußerst hartnäckigen Kampf, den wir um eine bessere Lebenshaltung zu führen haben. — Der Abschluß des Vertrages in Freiburg wird Veranlassung sein, auch in Offenburg, Forstheim usw. den Versuch zu unternehmen, mindestens gleichartige Verträge abzuschließen.

**Zeitz.** In einer gut besuchten Versammlung am 8. Oktober wurde eingehend über den Bezirksstarifvertrag gesprochen. Kollege Leipzig gab einen ausführlichen Bericht über die Konferenz in Leipzig und die darauffolgende in Halle, wo sich die Kollegen für einen Bezirksstarifvertrag ausgesprochen haben. — Darauf folgte eine Aussprache über allgemeine Berufsfragen sowie über das Lehrlingswesen. Kollege Hermann schlug vor, auch für unsere Lehrlinge Fradabende abzuhalten. Es wurde eine Kommission von drei Kollegen gewählt, die sich mit den Lehrlingsfragen befassen soll. Wir hoffen in aller Kürze in Zeitz eine gute Lehrlingsgruppe zu haben. Jeder Kollege ist verpflichtet mitzuarbeiten.

## Stukkateure und Putzer.

**Mannheim-Ludwigsbafen.** In Nummer 42 des „Grundstein“ berichteten wir, daß hier der Streik ausgebrochen ist, weil der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe, dem auch die Gipfermeister angehören, sich weigerte, den Reichsstarifvertrag für stückgewerbliche Arbeiten anzuerkennen. Der Syndikus stellte sich auf den Standpunkt, daß der Vertrag für Mannheim-Ludwigsbafen nicht in Betracht komme, weil die Unternehmer nur lokal organisiert seien, und weil unter den Vertrag nur Stukkateure fallen. „Und Stukkateure“, erklärte der Herr Eper, „gibt es in Mannheim-Ludwigsbafen nicht.“ — Alle Schreiben, Ermahnungen, Wehungen und der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Mannheim konnte die Herren nicht bewegen, mit uns zu verhandeln. Erst durch einen vierwöchigen Streik mußte uns Leuten beigebracht werden, daß die Gipfermeister und ihre Hilfsarbeiter eine derartige Behandlung fast haben. Unser Kampf hat bewiesen, daß die Mannheim-Männer noch die alten Kämpfer sind. Es ist nicht so, wie die Unternehmer meinen, der Gewerkschaftssekretär Mangold müßte recht bald einsehen, daß hinter ihm niemand steht. Da haben sich die Leuten getraut. Einmütig haben die Streikenden

vom ersten bis zum letzten Tag durchgehalten. — In Ludwigsbagen hat es leider nicht so geklappt. Dort sind die Opijer: Karl Helfrich, Gregor Baumann, Georg Orieser, Joh. Lupp, Josef Friz — genannt Drecksack, sowie die Gebrüder Wüchling und Ritter; alle vier von Hasloch, zu Arbeitswilligen geworden. Die Polizei nahm sie sehr stark in Schutz. Es war kaum möglich, an sie heranzukommen. Sofort war die Polizei zur Stelle. Aber trotz der paar Raupreifler konnte der feste Wille der Streikenden nicht erschüttert werden. — Im allgemeinen kann gesagt werden, daß sämtliche Streikenden Ordnung und Disziplin bewahrt haben; und das hat viel zu ihrem Erfolg beigetragen. In den Kollegen liegt es nun, daß sie auch Nutzen vom Vertrag haben.

**Tief- und Straßenbauarbeiter.**

Mainz. Schon seit Jahren bemühen sich die Pfalzer, für Rheinbesen einen Tarifvertrag zu schaffen. Mehrere Verhandlungen mit den Unternehmern haben aber bis jetzt noch nicht zu einer Einigung geführt. Erst bei der letzten Verhandlung, am 26. Oktober, woran auch unser Bezirkssekretär, Kollege Stämpfe, sowie Kollege Nahr, Frankfurter, teilnahmen, kamen wir dem Ziele etwas näher. Es wurde den Unternehmern nachgegeben, wie notwendig ein Akkordtarifvertrag für den Landstraßenbau in Rheinbesen ist, damit die Schmuckkonkurrenz ausgeschaltet wird und geordnete Verhältnisse eintreten können. Bei der Erörterung der Gehaltsfrage wurde vor unsern Vertretern die Lehrlingszählerei im Pfalzergewerbe scharf verurteilt, und mit Nachdruck betont, daß auch diesem Uebel abgeholfen werden mußte. — Im allgemeinen erkannten die Unternehmer die Notwendigkeit eines Tarifvertrages an. Aufgabe der Kollegen ist es nun, dafür zu sorgen, daß in ihren eigenen Reihen keine Schmuckkonkurrenz getrieben wird, damit dem Akkordtarifvertrag für Rheinbesen volle Geltung verschafft werden kann.

**Töpfer und Fliesenleger.**

Borna. In der am 20. Oktober abgehaltenen Versammlung wurde die Auslosungsfrage im Gebiet der Kreisbauernschaft eingehend behandelt. Die Kollegen lehnten einmütig das Annehmen der Unternehmer, bis fünf Kilometer Entfernung auslosungsfrei zu lassen, ab, und forderten, daß nur drei Kilometer, vom Mittelpunkt der Stadt gerechnet, auslosungsfrei bleiben dürfen. Arbeiten über drei Kilometer Entfernung sollen wie in Leipzig, nicht nach Zonen, sondern nach Kilometern berechnet werden. Kollege Großmuth, Leipzig, gab noch die Änderungen des Tarifes bekannt, worauf nach eingehender Aussprache die Versammlung geschlossen wurde.

Danzig. Die Lohnbewegung der Ofenseher ist am 5. Oktober durch folgendes Lohnabkommen beendet worden: „Der zur Zeit bestehende Lohnsatz vom 11. Mai 1927 mit dem Nachtrag vom 21. Oktober 1927 für das Töpfergewerbe der Freien Stadt Danzig wird auf ein Jahr verlängert; er erhält jedoch folgende Umänderung: § 4. Der Stundenlohn beträgt: Ziffer 1, für Töpfer 1,80 Mk; § 24. Sämtliche Abbrucharbeiten von Ofen und Herden, auch wenn sie nicht wieder geleistet werden, werden in Lohn auszuführen; § 34. Alle Ofen aus mehreren Ofen zusammengesetzt, sowie Herde werden für neu bezahlt; § 79. Wandbekleidung an Herden aus Fliesen wird wie Kachelwand aus Ecken und Kacheln berechnet; § 98. c. Stemmen und Schließen für Rauchfächer bei Ofen und Herden über einen Stein wird entweder baufällig oder in Lohn auszuführen; § 98. d. Reinigungsarbeiten sowie Stipeln in Ofen und Herden werden bezahlt je Stück 40 Mk; § 98. e. Für Ausfärben von Ofen und Herden erfolgt kein Abzug. — Allgemeine Bedingung: § 10. Die Ofen und Herde müssen sauber ausgeführt und nach dem Behauen der Kacheln sauber geschliffen und die Glaskante scharf gebrochen werden. Die Ofenarbeiten sind nach besten Fachkenntnissen auszuführen. Die Hinterkacheln müssen von allen vier Seiten nach Maßgröße behauen werden. 10. Bei Ausbruch eines Stücks werden die angefangenen Stücke erst fertig gemacht.“

Hamburg. Der am 28. April 1928 zwischen dem Verband deutscher Kachelofenfabrikanten, Bezirk I, III und IV, und dem Deutschen Baugewerksbund (Fachgruppe der Töpfer) abgeschlossene Tarifvertrag, der Mantelarbeitvertrag und der Lohnsatz, sind vom Reichsarbeitsminister mit Wirkung vom 1. September 1928 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Offen bei Ofersfeld. Warnung vor der Firma Paul Wanner! Während der Hochsaison werden alljährlich von dieser Firma unter allerhand Versprechungen fälschliche Formern gesucht, die aber im Winter stets wieder entlassen werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie verheiratet sind und sogar mehrere Kinder haben. Falls keine durchschlagenden Gründe für die Entlassung vorliegen, probiert es die Firma so lange mit Schikanen, bis es der Arbeiter vorzieht, freiwillig das Geld zu räumen. — Der zu verarbeitende Ton ist derart, daß kaum eine einwandfreie Ware hergestellt werden kann. Dies bietet natürlich Grund genug zu Schikanen, obwohl die Firma vom Betriebsrat und von den Formern selbst auf den schlechten Ton aufmerksam gemacht wurde. Wegen der unbrauchbaren Ware wird der Lohn gekürzt, obwohl der Unternehmer selbst weiß, daß nu, der schlechte Ton die Ursache ist. Die dort noch beschaffigten Töpfer haben, um ungerechtfertigten Abzug zu beiseitigen, das Arbeitsgericht in Anspruch genommen; das Verfahren schwebt noch. Im übrigen sind auch die allgemeinen Arbeitsverhältnisse derart, daß von einer Beschäftigung bei dieser Firma nur abgeraten werden kann. All die bei ihr herrschenden Verhältnisse an dieser Stelle aufzuführen, würde zu weit führen. — Den bei der Firma beschäftigten Töpfern muß allerdings ein groß Teil Schuld an den Missetänden selbst zugeschrieben werden, weil sie meistens aus Angst vor Entlassung zu Allem schweigen. Nur durch Zusammenhalt und gemeinsamen Kampf könnte hier eine Besserung geschaffen werden!

München. In Nr. 42 des „Eundikalit“ beschäftigen sich einige Verantwortliche der hiesigen Genossenschaft mit unserm Fachgruppenobmann. Die ganze im Fachgruppenjargon gehaltene Schreiberlei ist von Anfang bis zum Ende erlogen. Die Verfasser sind erbärmliche Verleumder und Ehrabschneider. Sie wacker mit der Schmiererei zu beschäftigen, hieße den Leuten

zu viel Ehre antun. Erfreulicherweise haben sie mit ihrer Schmiererei erreicht, daß nun auch dem letzten Kollegen die Augen geöffnet worden sind.

Einen Ofenseher stellt noch ein bei freier Station Ernst Friedant, Ofenseher, Sieberdorf, Nr. 10. Selbständig und heftig arbeitender Ofenseher (Fliesenleger) der mit Privatwohnung umgeben kann, in Dannebergstraße 10. Robert Wäde, Werkstätten für holzverarbeitende und kunstverarbeitende Dienstleistungen, Freiberg i. Sa., Bismarckstraße 32. Tätigste selbständig arbeitende Ofenseher für Herdenanlagen für größere Arbeit am hiesigen Plage gesucht. Solche die Erbauungsarbeiten schon gehabt haben, werden bevorzugt. Erbauungs-Gelehrter m. d. B. Frier. Inverlässlicher, selbständiger Ofenseher sofort gesucht. Kachelofenbauwerkstatt G. Ehnes, Wiesbaden, Bismarckring 9.



Aue. Auf dem Fabrikneubau Rudolf in Oberpfaannenfelde, den die Firma Seidler, Schwarzenberg, ausführt, ereignete sich ein Unfall, der 5 Verletzte erforderte, von denen 3 im Krankenhaus eingeliefert werden mußten, während 2 häuslicher Pflege bedürfen. Die verunglückten Kollegen benutzten ein zu leicht gebautes Schutzgerüst zum Mauern, auf dem unter den Wühlhaltern auch noch die Sechskammer fehlte. Der Streichriegel rutschte ab, das 7 Meter hohe Gerüst ging nieder und durchbrach auch das tieferes Gerüst. Warum die aufschichtführenden Personen die Arbeit auf einen solchen Schmalbau nicht unterlassen, ist ungreiflich. Der Gefährdung ging wahrscheinlich auch dort wie überall vor die Schonung der Arbeitskraft.

**Töpfer.**

Die Scheibe läuft, der Finger formt und lenkt, Schlank wächst der feinste Krug aus grauer Erde. Gefallen ruh'n in allem Sein verankert. Der Weisse strebt, daß er der Bildner werde.

So nenn' ich Töpfer jeden, mich wie dich. Laß nur den Formdrang außer Finger gleiten. Es kann ein jeder aus dem eignen Ich Das köstlichste Gefäß bereiten. Josef Vuiton.

Jhehe. Am 20. Oktober brach auf dem von der Firma Sander's ausgeführten Spitzhausneubau eine Hohlsteindecke durch und riß drei Maurer mit in die Tiefe. Alle drei wurden nach dem Krankenhaus, von dort nach ihre Wohnung gebracht. Verletzt sind die Kollegen Bergmann am Kopf, Stehmesler hat Seitenquetschungen erlitten, und Oberländer hat den rechten Fuß verstaucht. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn beim Einhalten einwandfrei gute Steifen genommen worden wären. — Seit Jahren fordert auch hier die Bauarbeiterchaft einen Baukontrollleur aus Arbeiterkreisen, denn nur er allein bietet die Gewähr für Durchführung der Schutzbestimmungen, da er praktische Erfahrungen hat.

Ruffingen-Wilhelmsbagen. Am 22. Oktober wurde von der hiesigen Bauarbeiterchaftskommission eine Baukontrollle alle im Wirtschaftsbereich der Jaderstraße vorhandenen Bauten durchgeführt. Erfahrt wurden 33 Baustellen mit rund 580 Beschäftigten. Die 33 Bauten verteilen sich auf 20 Neu-, 5 Um-, 5 Tief- und 3 Straßenbauten. — Im Gegenlag zu früheren Kontrollen wurde mit der Kontrolle Bauaufträgen von der Unternehmern in der Ausübung ihrer Tätigkeit bei der diesmahligen Kontrolle keine Schwierigkeiten bereitet. Recht fräutig sieht es aber hinsichtlich der sanitären Einrichtungen auf den Baustellen der Unternehmer aus, die Straßenbauten auszuführen. So war bei dem Unternehmer Müller, Straßenbau, Althenstraße, die Baubude viel zu klein, Ofen und Verbundkästen fehlten, auch war kein Abort vorhanden. Ähnlich sah es auf den beiden Baustellen des Unternehmers Janßen, Straßenbau, Heppenerstraße und Bismarckstraße, aus. Während in der Heppenerstraße die Baubude sehr mangelhaft war, war in der Bismarckstraße überhaupt kein Unterkaufstraum vorhanden. Ofen, Verbundkästen und Abort fehlten auf beiden Baustellen. Hier handelt es sich um Arbeiten, die im Auftrag der Stadtverwaltungen ausgeführt werden. Sie sollten doch strengstens darauf achten, daß von den Unternehmern die Unfallverhütungs- und baupolizeilichen Vorschriften unbedingt beachtet werden! Auf den Hochbauten ist es gegenüber früheren Feststellungen etwas besser geworden. Auf die Beschaffenheit der Gerüste wird mehr Sorgfalt verwendet. Aber in sanitärer Hinsicht bedarf auch hier vieles noch der Besserung. Vor allen Dingen sollten die Baubuden um diese Jahreszeit gut abgedichtet und mit einem heizbaren Ofen versehen sein. — Auch die Beschaffenheit der Verbundkästen läßt oft viel zu wünschen übrig, so daß ein sachgemäßes Behandeln oder Verbinden plötzlich verletzter Personen nicht möglich ist und vielfach erhebliche Nachteile für den Verletzten entstehen können. Auch die Unfallverhütungsmaßnahmen sind auf vielen Baustellen nicht ausgegähgt, ebenso die Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen. — Auf den Baustellen, wo die Bauoffen durch Aufzüge hinaufgeschafft werden, müssen vor allen Dingen die Vorschriften über die Schutzmaßnahmen streng beachtet werden. Bei der geringsten Unvorsichtigkeit oder schon durch ein Mißverständnis bei der Bedienung des Aufzuges werden viele Personen in schwere Lebensgefahr gebracht. — Im Interesse jedes einzelnen Bauarbeiters und seiner Familie liegt es, wenn alle die am Bau beschäftigten sind, die Unfallverhütungsmaßnahmen und die baupolizeilichen Vorschriften auf das peinlichste beachtet werden, sowie auch auf die Verarbeitung von nur guten und einwandfreien Material, ein strenges Augenmerk gerichtet wird. Wenn jeder die Gefahr kennt, in der er täglich und stündlich schwebt, dann werden in Zukunft Baumfälle in so großem Ausmaße, wie wir sie leider in letzter Zeit erlebt haben, der Vergangenheit angehören.

**Allgemeine Rundschau**

Wohin fließen die Krankenkassenbeiträge? Für das Jahr 1927 hat das Statistische Reichsamte jeht Zahlen über Einnahmen und Ausgaben der reichsgefeglihen Krankenkassen veröffentlicht. Diese Angaben erfassen zunächst nur 5377 Krankenkassen mit 14,7 Millionen Versicherten, geben aber bereits eine gute Uebersicht über die Verhältnisse bei den Krankenkassen. Nach den vorliegenden Berichten sind die Beitragseinnahmen um etwa 12 % auf 1480 Millionen Mark gestiegen. Von dieser Summe werden ausgegeben für: Krankenhilfe, also für ärztliche Behandlung, Arznei, Heilmittel, Krankenhauspfllege, Krankengeld 1219 Millionen Mark, für Wochenhilfe 65 851 000 Mark, für die Verwaltung 95 Millionen Mark. Von der Einnahme entfielen also: auf Krankenhilfe 82,4 %, auf Wochenhilfe 4,5 %, auf Verwaltung 6,4 %. Der Ueberschuß ist für den gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds verwandt worden. — Wenn auch das Statistische Reichsamte zunächst nur ein Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen veröffentlicht hat, so zeigt es doch, daß die Mittel von den Kassen den Versicherten durch Leistungen wieder zufließen. Die Ergebnisse bezeugen aber auch wieder, daß die Verwaltungskosten der Krankenkassen mit 6,4 % eine Höhe erreichen, die jeder Kritik standhalten wird.

Das Ergebnis des Volksbegehrens. Das nunmehr vorliegende Ergebnis des Panzerkreuzer-Volksbegehrens bedeutet eine schwere Wagnisse für die SPD. Durch das Volksbegehren sollte der Ersatz eines Gesetzes gefordert werden, mit dem einzigen Zweck, „der Bau von Panzerkreuzern und Kreuzern jeder Art ist verboten.“ Dieser Gesetzesentwurf war natürlich nur Vorwand; das Volksbegehren war von den kommunistischen gedacht als ein Mandat zur „Entkantung“ der verhassten Sozialdemokraten. Man versprach sich von der bei dieser Gelegenheit zu entfallenden Kraft einen großen Erfolg für die kommunistische Partei. Am Agitation hat es auch nicht gefehlt, um so empfindlicher ist der erzielte Reizfall. — Im die Regierung zur Vorlage des begeherten Gesetzeswurfs zu verpflichten, mußten sich mindestens ein Zehntel der Wahlberechtigten in die Liste einzeichnen, das sind rund 4,1 Millionen Wähler. Die Kommunisten haben am 20. Mai 1928 3 262 543 Stimmen erzielt. Sie rechneten also bei der Einleitung des Volksbegehrens auf starken Zufluß aus andern Parteien. Statt dessen mußten sie erleben, daß der größte Teil der eigenen Wähler vom 20. Mai den Einzeichnunglisten fernblieb. Im ganzen Reich haben sich nur 1 216 501 Wähler eingetragen, das sind 37,7 % der kommunistischen Wähler vom 20. Mai. Statt 10 % der Wahlberechtigten haben sich nur 2,94 % eingetragen. Das günstigste Ergebnis mit 2 48 900 Eintragungen, das sind 70,8 % der kommunistischen Wähler, wurde in Berlin erzielt. In Potsdam 1 wurden noch 50 % der kommunistischen Wählerstimmen vom 20. Mai erreicht, in allen andern Wahlkreisen bleibt das Ergebnis weit hinter diesem Prozentfuß zurück. Im ganzen bedeutet die so hoffnungslos ausgelegene Aktion eine beschämende Niederlage für die kommunistische Partei.

Severing macht Schluß mit der Technischen Hofkiste. Bereits auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress hat der derzeitige Reichsminister des Innern, Karl Severing, angekündigt, daß von der Regierung möglichst bald zum Abbau der Technischen Hofkiste geschritten werden sollte. Nunmehr wird bekanntgegeben, daß von der Reichsregierung die bisher zur Aufrechterhaltung der Teno bereitgestellten Mittel vom 1. April 1929 an nicht mehr ausgezahlt werden. Von diesem Tage an werden lediglich noch Mittel zur Abwicklung dieser Organisation bereitgestellt. Der vom Reich für diese Zwecke jährlich ausgeworfene Betrag beläuft sich auf rund 2,5 Millionen Mark. — Diese Tat des Reichsministers wird von den Gewerkschaften sehr begrüßt. Inwiefern es notwendig ist, bei Arbeitslosigkeit die Notstandsarbeiten zu leisten, wird von den Gewerkschaften selbst bestimmt. Sie werden eine Notstandsarbeit bestimmt nicht ablehnen, wenn sie aus volkswirtschaftlichen Gründen notwendig sein sollte. Die eingesparten Mittel will der Minister, wie er auf dem Gewerkschaftskongress schon ausführte, zur Ausbildung minderbemittelter Söhne und Töchter des Volkes verwenden. Daß sie auf diesem Gebiete fruchtbringender als bisher angewandt werden, bedarf keiner weiteren Begründung.

Preisausschreiben. Der Sozialistische Kulturbund erläßt ein Preisausschreiben für zwei Orchesterwerke, die sich als einleitende Musikstücke für Arbeiterkonzerte besonders eignen und zwar eine Arbeiter-Symphonie und eine Duvertüre. Der Preis für die beste Symphonie beträgt 3000 Mk, für die Duvertüre 1000 Mk. Letzter Termin für die Einreichung ist der 30. April 1929. Die Manuskripte werden durch einen Ausschuß geprüft, der folgendermaßen zusammengesetzt ist: Professor Dr. Georg Schinemann (Obmann), Dr. Alfred Einsteim, Professor Paul Hindemith, Klaus Pringsheim und Hermann Scherchen. — Die preisgekrönten Werke sollen bis spätestens 1. Januar 1930 öffentlich aufgeführt und allen in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen zur Ausführung empfohlen werden. Die näheren Bedingungen für das Preisausschreiben sind unentgeltlich zu erhalten durch den Sozialistischen Kulturbund, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Bücher- und Schriften**

Am 9. November abt der „Wahre Jakob“, das deutsche Monatsblatt, eine Sondernummer heraus, die in Wort und Bild die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung darstellt. Seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung wird hier vornehmlich seine kritische Vermittlung, sondern ein fertiges Bekenntnis zum Gedanken der sozialen Demokratie hat die Zeitler des „Wahren Jakob“ die Feder führen lassen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die beiden letzten Artikel, die über die „Arbeiterbildung“ und die „ländlichen Arbeiterbewegung“ die Rede von Fragen behandelt, die für die Entwicklung der proletarischen Arbeiterbewegung von Bedeutung sind. Der Mitarbeiter Paul A. P. ist interessiert die Frage, welche Rolle die Musik im Rahmen proletarischer Kulte spielt, und kommt hierbei zu interessanten Feststellungen über den Charakter der im Entschieden bestimmten

proletarischen Kampf. — Adolf Johannesson erörtert die Frage „Bildungsanstalten und Beruf“...

Die „Kulturpolitik“ mit „Belange Arbeiterbildung“ ist zur Sprache von 1,50 M für das Vierteljahr durch die Post...

Die „Kulturpolitik der Ukraine“. Die „Ukraine“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft...

Die „Kulturpolitik der Ukraine“ (Fortsetzung). Die „Ukraine“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft...

- Stößen 700, Cammin 200, Cästrin 400, Celle 500, Crivitz 100, Gemmlitz 10 000, Corbach 1006,9, Crailsheim 633,50...

Tägliche Beitragszahler verlieren ihre Rechte! Für die Woche vom 5. Nov. bis 11. Nov. ist der 45. Bundesbeitrag für 1928 zu zahlen.

- 150, Malsin 100, Münster 1450, Mülhausen 700, Neufelch 100, Neresheim 8, Münchberg 335, Mindelheim 250...

Markenmappen: Corbach 7,50 M, Dessau 3, Freiberg in Sachsen 6,25, Glätz 12,50, Glogau 2,50, Ralkberge 6,25, Sagan 1,50, Ufm 25.

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder. Allenstein. August Lange, Maurer, 46 Jahre alt. Allenberg. Oskar Käbner, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt.

Reife-Dtmachen. Kollegen, die bei der Firma Anders, jetzt Brüder, aus Reife am Neubau in Dittmach gearbeitet und ihren Lohn nicht erhalten haben...

BEKANNTMACHUNG DES BUNDESVORSTANDES. Vom 23. bis 29. Oktober haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse geleistet: Wlaffenburg 1776,61 M...

10 000 Dankstreifen über Beifedern. Beifedern betreiben unsere konfekturige, billige, gute und rasche Beifedern...

EMIL JANSEN. direkt ab Fabrik. Holländer Art (gelbe Rinde) 9 Pfd. M. 3.60. Holst. Tafel (rotte Rinde) 9 Pfd. M. 3.80...

Isoländer. Einzigartig in neue prima. (Für eingetrocknete, Fein. Sie sind die besten für den Winter. Preis 1.00 M. pro 100 Stück.)

EMIL JANSEN (Fortsetzung). Käse billiger ab Fabrik. Holländer Art (gelbe Rinde) 9 Pfd. M. 3.60. Holst. Tafel (rotte Rinde) 9 Pfd. M. 3.80...

Mauerhosen. 24 Stück guter, 58 Heller, Seife n. Handtuch 24. Dam.-Hemd. 29 A. u. Porto. Katalog. gratis.

Das Glas-Christbaumschmuck. kaufen, verlangen Sie erprobte, feine, glänzende, erprobte, feine, glänzende, erprobte, feine, glänzende...

Lustige Gesellschaft! Suchen Sie in unserem „Sprünge des Humors“... 5 Tage zur Probe.

Reife Bezugsquelle! Neue Gänsefedern. von der Gans gerupft m. voll. Daunen, gep. gereinigt, 2,50, dies. beste Qual. 3,00...

Was ist Total? Total-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven und Kopfschmerz...

Hier ist für das Weihnachtstest die rechte Bezugsquelle! Umsonst und portofrei versende an jedermann meine neueste, reichhaltige, Weihnachts-Preisliste...

M. Grodmann. 698 Aow. 1. Musikinstrumente u. herabgez. Preisen.

Das Bauwert! Kaufen, verlangen Sie erprobte, feine, glänzende, erprobte, feine, glänzende...

Reife Bezugsquelle! Neue Gänsefedern. von der Gans gerupft m. voll. Daunen, gep. gereinigt, 2,50, dies. beste Qual. 3,00...

Hier ist für das Weihnachtstest die rechte Bezugsquelle! Umsonst und portofrei versende an jedermann meine neueste, reichhaltige, Weihnachts-Preisliste...

# Arterienverkalkung

ist sehr verbreitet. Prof. D. C. Zündig, eine wissenschaftliche Autorität, schreibt darüber: „Die Arterienverkalkung ist leider in unserer Zeit ebenso sehr verbreitet wie die Herzkrankheit.“ Der beste Beweis dafür ist, daß für von 100 Menschen 25 zum Opfer fallen. Arterienverkalkung entsteht durch übernormale Ablagerung von Stoffwechselprodukten, besonders Kalzium, in den Arterien. Letztere werden dadurch ihrer Elastizität beraubt, es tritt alsdann Bluthochdruck, Schwindel, Schwindel, Kopfschmerz und starke Beeinträchtigung des Herz- und Nervensystems ein, außerdem sind auch Schlaganfälle, die mitunter tödlich verlaufen, die Folge der Verkalkung. Normales Alter tritt Arterienverkalkung erst im höheren Alter ein, heutzutage gibt es

aber schon Menschen im besten Alter, die unter Verkalkungs-erfahrungen leiden. Es empfiehlt sich deshalb, rechtzeitig gegen die Arterienverkalkung etwas zu unternehmen. Am besten sorgt man durch den Genuß des bekannten **Dr. Karnaack's** dafür, daß das Blut von Stoffwechselprodukten gründlich gereinigt, dünnflüssig gemacht, dadurch die Arterienelastizität erhöht und ein Fortschreiten der Verkalkung verhindert wird. Die nachstehend abgedruckten Darstellungen zeigen einige wenige von den vielen, die wir besitzen, sollen auch Ihnen Veranlassung geben, dieses absolut wirksame und unerschöpfliche Naturgetränk regelmäßig zu nehmen.

Sin im 70. Lebensjahre und benutze Ihren Arterien-teleostete seit einigen Wochen. Der Erfolg ist überraschend gut, die Durchblutung des Körpers ist bedeutend besser geworden, die

Schwindelanfälle sind fortgeblieben. Der mich behandelnde Arzt empfiehlt mir, die Kur möglichst lange fortzusetzen.

Dr. Karnaack, Berlin-Weißensee, Der See hat mir wegen Arterienverkalkung sehr wohlgetan, die andauernden Kopfschmerzen und Schwindelanfälle sind fast ganz verdrängt, auch das Herz arbeitet regelmäßig.

Kur: mindestens 3-4 Wochen. Preis pro Liter 3 Mark zuzüglich 20 S. Porto. Bestellungen (zweckmäßig gegen Portoauszahlung nicht unter 3 Wochen) richtet man an die Herstellerfirma, worauf Zufassung durch die zuständige Apotheke erfolgt. Nachfragen bitte zurückstellen, nur die Marke „Herbaria“ bürgt für Echtheit!

Einzigster Hersteller: Herbaria-Präparatenfabrik, Philippsburg A. 306, Baden.

**Impfungen Billig**  
*Dr. W. P. Karnaack*  
 Impfung gegen Typhus, Cholera, Diphtherie, Scharlach, Masern, Mumps, Keuchhusten, Polio, etc.  
 Preisliste gratis.

## Wer im Beruf steht

muß an sein Fortkommen denken. Zu ihrer Weiterbildung benutzen Sie die Selbst- und Fernunterrichtsbriefe des Systems Karnaack-Hachfeld: Bautechniker, Wasser- und Brückenbauingenieur, Zimmer-, Maurer-, Baugewerksmeister, Polier, Architekturstudien, Straßenbauingenieur, Kultur- und Wiesbauingenieur, Techn. gebild. Kaufmann der Baubranche. — Ferner Vorbereitung zu technischen Prüfungen in Elektrotechnik, Maschinenbau, Installation, Handwerkslehre. — Ohne Schule Vorbereitung zu Schulprüfungen (Obersekundareife, Abiturienten-Examen) durch d. Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rustin. Besondere Monatszahlungen. Prospekte kostenlos. Lehrproben unverbindlich. **Kunstisches Lehrinstitut, Potsdam B. S.**

### Schmale Teakholz-Wasserwagen

Der Konkurrenzkampf beginnt. W. Richter ist und bleibt der Billigste bei nur 1. Qualität.

Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25cm

Preis 3,50 3,30 3,10 3,- 2,90 2,70 2,50 2,30 2,- 1,80

bei 4 St. an portofr. Bei 11 St. gratis. Sämtl. Werkzeuge gut u. billigst. **W. Richter, Düsseldorf-Unterrath.** Preisliste gratis.

---

Fordern Sie überall **Original M. Mosberg**

Die beste Kleidung für Bauhandwerker. Die unerreichten Werkzeuge. Die altbewährten echten Isänder. Stets genau auf Firma und Schutzmarke achten. Wo nicht vertreten, direkter Versand ab Bielefeld. — Preislisten gratis.

**Firma M. Mosberg, Bielefeld,** 5 Jöllenbeckstraße 5

### Neue Gänsefedern

wie sie von der Gans fallen; dieselben doppelt gereinigt, das Pfund 3,- und 3,50; Halbdaunen, gereinigt, 6,-, 7,-, Daunen 6,50; Rohdaunen 9,-, 10,50. Gefüllene Federn mit Daunen, gereinigt, 3,50, 4,-, 5,-, 5,75, Ja 7,50. Garantie für reelle handfeine Ware, von 6 Pfund an portofr.

**Frau A. Wodrich, Gänsefiedl, Heintzebin (Oderbruch).**

### Billige böhm. Bettfedern

nur reine, gutfüllende Sorten

Eier-Klebe graue geschlossene 3 A, halbweiß 4 A, weiße 5 A, bessere 8 A, 7 A, daunenweich 9 A, 10 A, beste Sorte 12 A, 14 A, weiße ungeschlossene 7,50 A, 9,50 A, beste Sorte 11 A. Versand portofr., zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. **Senedik Sachsel, Lotes Nr. 9 bei Pilsen, Böhmen.**

### Holsteiner Dauerware

Fleischwurst  
 Salamivurst  
 Cervelatwurst  
 9 Pfd. Inh. 13,32 A  
 6 Pfd. Inh. 8,88 A  
 Nachh. Gar. Rückk.  
**Johs. Ramm, Wurstfabr., Altona-E. 75**

## Wilhelm Fahr

jetzt: Berlin, Brunnenstraße 78

### Berufs- u. Sportbekleidung

Werkzeuge, Teakholz- Wasserwagen, Isänder, Schnapphüte, Isänder, orig. Berliner, Stuhkaueranzüge.

Preisliste gratis.

Mechanische Kleiderfabrik **Versandh. Fritz Ulrich** Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60.

### 130 versch. Proletarische Platten

einzigst b. Hrt. Sprengapp. gr. Kiste. Genußverf. sofort Bergschm. grat Musik-Steinhaus, Berlin-Mar. 219-232

### Glas-Christbaum schmuck!

Lassen Sie sich noch heute gratis u. franko meinen neuen, reichhalt. Hauptkatalog m. Abb. 1000 Abbild. wie Kugeln, Vögel, Eier, Gold- und Brillantred. Tier-, Formsachen usw. kommen. F. Händ- ler und Fern. beste Bezugsquelle dir. ab Fabrik. Hohe Rab. Lieferg. erf. l. dopp. stark. Verp.

**Karl Köhler Schw. M. Laucha 13 (Thüringer Wald).**

## Größte Produktion der Welt!

# Opel

# 371. Hamburger Staats-Lotterie

Die Lotterie ist auch in Preußen, Braunschweig und Thüringen erlaubt, damit jedermann Gelegenheit hat, die Riesen-Gewinnchancen zu genießen

**!! 90 000 Lose, 35 952 Gewinne und 7 Prämieln !!** **Wer nicht wagt, gewinnt nicht!** **Die Lotterie besteht aus sechs Klassen Die Preise für alle sechs Klassen sind die gleichen!**

## Größter Gewinn im glücklichsten Falle 750 000 Mark (3/4 Million)

Zur Auslosung gelangen:

# 10 Millionen 65190 MARK

Höchstgewinne evtl. A: 650 000, 640 000, 630 000, 620 000, 610 000, Prämien und Gewinne à M: 300 000, 250 000, 200 000, 100 000, 90 000, 80 000, 70 000, 60 000, 50 000, 45 000, 40 000, 35 000, 30 000, 25 000, 20 000, 15 000 usw.

Der Verkauf der Lose erfolgt gemäß den Bestimmungen des amtlichen Spielplans.

Die Original-Lose zur 1. Klasse kosten	1/8 Los Mark 3,85	1/4 Los Mark 7,35	1/2 Los Mark 14,35	3/4 Los Mark 28,35	Die Preise enthalt. d. Kost. für Porto und Gewinnliste
--	-------------------	-------------------	--------------------	--------------------	--

Der Spielplan zur neuen Staats-Lotterie ist durch Vergrößerung der Gewinne bedeutend verbessert.

Bestellung zur 1. Klasse erbitte sofort, spätestens aber bis zum **25. November 1928**, damit der Auftrag bestimmt zur Ausführung gelangt.

## Emil Ichenhäuser, Lotterie-Kollekte, Hamburg, Große Theaterstraße 34 Abteilung 1.

Bitte, den Bestellbrief hier abschneiden!

Bestellbrief für Herrn Emil Ichenhäuser, Große Theaterstraße 34, Abteilung 1.

Senden Sie mir zur **371. Hamburger Staats-Lotterie**

ganzes Original-Los	Mark 28,35	Neben- stehende Preise enthalten schon die Kosten für Porto und Gewinnliste
halbes Original-Los	Mark 14,35	
viertel Original-Los	Mark 7,35	
achtel Original-Los	Mark 3,85	

sowie den amtlichen Spielplan

Bezug — folgt gleichzeitig per Postanweisung — ist per Nachnahme zu erlipfen — anbei per Einschreiben. (Nichtgewünschtes ist durchzustreichen.)

Adresse des Bestellers: (Geht, recht deutlich schreiben)

Vor- und Zuname:

Stand:

Wohnort:

Straße oder Postort:

Briefliche Geldsendungen erbitte stets nur per „Einschreiben“